



Ergebnisplan sollte auf die Befriedigung des rumänischen Inlandsbedarfs während des Krieges abgesehen werden.

Am 1. März hat die rumänische Regierung dem Ersuchen des Oberkommandos um Vornahme von Requisitionen für die Bedürfnisse des Besatzungsgebietes zu entsprechen, ebenso von Requisitionen landwirtschaftlicher Gegenstände, die von Rumänien nach den an der Ostfront bestehenden Vereinbarungen zu liefern sind.

Kapitel VI enthält die

Regelung der Donauschifffahrt.

Donau wird Rumänien mit den verbündeten Mächten eine neue Donauschifffahrtsakte abschließen. Die Verhandlungen darüber sollen möglichst bald nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Brüssel beginnen.

Gleichstellung der Religionsbekenntnisse

In Rumänien. Es wird u. a. bestimmt, daß die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses in Rumänien keinen Einfluß auf die rechtliche Stellung der Einwohner, insbesondere auf ihre politischen und bürgerlichen Rechte ausüben.

Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Kanzler.

Auszeichnung Kühmanns.

Der Reichskanzler meldete in einem Telegramm an den Kaiser, daß mit dem Frieden von Brest-Litowsk (wäre es doch nur so) auf der gesamten Ostfront der Kriegszustand beendet sei.

Der Kaiser gibt in seiner Antwort seiner hohen Freude und Dankbarkeit über den abgeschlossenen Frieden Ausdruck und läßt dann fort:

Gott wird uns helfen, den Kampf, zu dessen Weiterführung uns die feindlichen Mächte zwingt, auch weiterhin zu bestehen und zum Wohle Deutschlands und seiner Verbündeten siegreich abzuschließen.

Auch der Staatssekretär v. Kühmann erhielt ein Danktelegramm und den Kronorden 1. Klasse.

Der Kada-Ersatz.

Aussichten der Ukraine auf Verfassung.

Kiew, 4. Mai. Nach einer Meldung von „Nietuskaja Myśl“ hat der stellvertretende Ministerpräsident die Pressevertreter empfangen und geäußert, daß das jetzige Kabinett einen Uebergangskarakter trägt und eine der Hauptaufgaben in der Vorbereitung für die Einberufung des Landtages erfüllt.

Der Hetman hat bekanntlich auch parlamentarische Ziele in Aussicht gestellt, nur hat er dem Hoffen auf eine befriedigte Abklärung der Diktatur durch konstitutionelle Formen keineswegs ernüchternd zugeredet.

In einigen Wiener Blättern wird eine Liste der neuen Minister der ukrainischen Regierung veröffentlicht, wobei auf diese Ministerliste allerlei Kombinationen geschlossen werden.

Das schwedisch-finnische Alandabkommen.

Stockholm, 7. Mai. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Socialdemokrat“ teilt mit, daß die Regierung bedeutende Resultate in der Alandfrage erzielt. Die Abmachungen betreffen die Schleifung der Befestigungen, wo-

Australische Anstürme zwischen Ancre und Somme — Vorstoß bei Courcy — Fünftägiger Kampf am Jordan — Mariupol am Nowischen Meer von russischen Schiffen beschossen.

Berlin, 7. Mai 1918, abends. Amtlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. Mai 1918. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Kampfzonen war die Artillerietätigkeit in den Morgenstunden lebhaft. Tagüber blieb sie meist gering.

Auf dem Nordufer der Lys scheiterten Vorstöße englischer Kompanien. Zwischen Ancre und Somme setzte der Feind wiederholt zu nächtlichem Angriff an.

Südlich vom Vimout hielten Sturmabteilungen über den Aisne-Kanal in die feindlichen Stellungen bei Courcy vor und brachten Gefangene zurück.

In der übrigen Front vereinzelte Vorfeldkämpfe.

Osten.

In den Hafenanlagen von Mariupol wurden vier durch russische Schiffe beschossen.

Mazedonische Front.

Starke englische Abteilungen griffen gestern Abend bulgarische Stellungen südlich vom Dojran-See an. Sie wurden abgewiesen.

Asiatischer Kriegsschauplatz.

Der Vorstoß englischer Brigaden von Jericho aus über den Jordan nach Dhen und Nordsah in zum Scheitern gebracht worden. Nach erbitterten fünftägigen Kämpfen wurde der Feind in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart:

Südwestlicher Kriegsschauplatz.

Infolge ungünstiger Witterung ist das Artilleriefeuer abgeflaut.

Der Chef des Generalstabes.

durch das Alandserbittum restituiert und die militärische Bedrohung Schwedens beseitigt wird, weiter die Minenlegung, wovon die schwedische Dichtschiffahrt profitiert. Beide Abmachungen waren unter direkter Mitwirkung Schwedens ausgeführt.

Wekerles umgestaltetes Kabinett.

Ernächtigung zu Neuwahlen.

Budapest, 7. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht nachfolgendes königliches Handschreiben:

Lieber Dr. Wekerle! Neben der Lösung wichtiger sozialer und den Anstoß nicht dulden den finanziellen und wirtschaftlichen Fragen liegt uns unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die große Aufgabe des Ausbaues des ungarischen nationalen Staates und der Wahrung seiner Interessen ob.

Im Interesse der Sicherung der Wahlrechtsfrage und des Programms der Regierung zu Neuwahlen streiten können. Auf dieser Grundlage erneue ich Sie neuerdings zu meinem ungarischen Ministerpräsidenten, beziehungsweise bestatige ich Sie in Ihrer bisher innegehabten Stellung und erwarte Ihre Vorschläge betreffs Neubildung der Regierung.

Budapest, 6. Mai. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Bureaus.) Nach Blättermeldungen werden in dem umgestalteten Kabinett Wekerle Finanzminister Dr. Popowicz, Innenminister Baron Szurman, Außenminister Graf Serenyi, Handelsminister Szoranyi, Minister am Hoflager Graf Aladar Jassy, Volksnahrungsmittelminister Fürst Windischgrätz und der Minister für Kroatien Dr. Uffelbauer ihre Portefeuilles behalten, hingegen werden Justizminister Palfonyi, Kultusminister Graf Apponyi, Minister des Innern v. Lotz und ebenso die beiden Minister ohne Portefeuille Graf Moriz Esterhazy und Bela Toeldes ausgeschieden.

Das Gerede von der Friedensoffensive.

Wie dem Wolff-Bureau aus Bern gemeldet wird, beschäftigt die ganze französische Presse sich mit der angeblichen Friedensoffensive der Mittelmächte. Summarisch heißt es darüber: Großenteils lehne die Presse eine solche natürlich mit der Begründung ab, daß es sich dabei nur um eine Falle handeln könne, die Deutschland der Entente stelle, um sie zu entzweien.

Keinen amtlichen Volkstafel mit genauen Bedingungen schide, könne der Krieg noch hundert Jahre dauern. Es wäre viel besser, die Aufrichtigkeit eines Angebotes nicht sofort anzuzweifeln, sondern sich zunächst über einen Boden zu verständigen, auf dem eine Vorbesprechung angebahnt werden könnte.

Die Neuheiten, die Lord Cecil dieser Tage von dem Thema der Friedensoffensive hat, veranlassen den allzeit friedensfertigen Philip Snowden, im Unterhaus eine Anfrage zu stellen. Er fragte, ob Valfours Aufmerksamkeit auf das Interview mit dem Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten gelenkt worden sei, in welchem Lord Cecil erklärt habe, er erwarte eine Friedensbewegung als unmittelbare Folge der Offensive an der Westfront, und daß der Feind Friedensanerbietungen machen werde, die wahrscheinlich nach seiner Ansicht für die Alliierten annehmbar sein würden.

Die gestern mitgeteilte deutsche amtliche Erklärung hat bekanntlich bestätigt, daß das Haager Telegramm nichts hinter sich hat.

Friedenspropaganda als Hochverrat.

Italienische Sozialisten unter Anklage des Hochverrats.

Lugano, 7. Mai. Nach einer Meldung der „Stampa“ wurden zehn hervorragende Mitglieder der sozialistischen Partei in Turin, Francesco, Barberis, Giuseppe Pianezza, Virgilio Vaccignoni, Luigi Chignoli, Evario Dalberto, Mario Indice, Pietro Radezzana, Elvira Rocca, Leopoldo Cavallo, Anselmo Agutis, wegen Hochverrat vor das Kriegsgericht verwiesen worden.

„Corriere della Sera“ sagt, jetzt sei es endlich gestattet, den Gegenstand der Anklage zu veröffentlichen, was von der Zensur bisher verhindert wurde. Jetzt bekannte und angefehene Sozialisten werden beschuldigt, vom 24. Mai 1915 bis August 1917 eine intensive Friedenspropaganda betrieben und die bekannte Friedenskravatte im August 1917 in Turin verurteilt zu haben.

Für das freie Wahlrecht.

Wahlrechtsversammlung der Berliner Sozialdemokratie.

In der Versammlung, die gestern Abend in den Sophienböden tagte, gaben die Parteigenossen Beckhaus ihren Protest gegen das völkerverfeindliche Erbe des Wahlrechtsgesetzes Ausdruck und bekundeten den einmütigen Willen des Volkes, den Kampf für ein wirklich freies Wahlrecht zum preussischen Landtage mit aller Energie zu führen.

Der Referent, Genosse Hue, schilderte die parlamentarische Behandlung der Regierungsvorlage und zeigte, daß sie durch die Beschlüsse der Wahlrechtsfreunde das Gegenteil von dem geworden ist, was wir unter einem demokratischen Wahlrecht verstehen. Das Werk der Wahlrechtsfreunde gibt dem Volk das weitgehende Wort und scheidet die Rechte des arbeitenden Volkes mit Beachtung beiseite.

Die Versammlung endete mit der einstimmigen Annahme der folgenden Resolution:

Die Versammlung erklärt, daß die Regierungsvorlage schon keine Erlösung der in der Oster- und Jubiläumsschaff 1917 feierlich gegebenen Versprechungen bedeutet, weil diese Vorlage kein wirklich gleiches Wahlrecht für alle großjährigen Preußen zugeht und die Verfestigung des Herrenhauses in seiner mittelalterlichen Verfassung nicht den Erfordernissen des 20. Jahrhunderts entspricht.

Letzte Nachrichten.

Die Aussichten unserer Ernährung.

Im Ernährungsausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär v. Waldow abschließend, daß die Not nicht beseitigt werden könne, solange die Decke so knapp sei. Hoffentlich kann der Bedarf im nächsten Jahr reichlicher bemessen werden, gegenüber einer Bemänglung, daß Kartoffeln nach deutsch-böhmischer Lieferung worden seien, bemerkte der Staatssekretär: In Deutsch-Böhmen hat es sich in der Tat um einen wesentlichen durch Miskernte hervorgerufenen schweren Notstand gehandelt, und zwar für einen Grenzbezirk.

Die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet.

144. Sitzung, Dienstag, den 7. Mai 1918, vormittags 10 1/2 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Drews.

Die Besprechung über die Sicherungsanträge

des Zentrums wird fortgesetzt. Abg. Weidig (natl.) gibt eine Erklärung ab, daß seine Partei außerstande sei, die Tragweite der Sicherungsanträge jetzt schon zu übersehen...

Abg. Dr. Pashnide (Fr. Sp.):

Wir lehnen die Sicherungsanträge ab und bedauern, daß diese Streitfrage hier in die Erörterung hineingezogen worden ist, denn damit ist die Grundlinie durchbrochen. Die Einteilung der Wahlkreise ist völlig veraltet und ungerecht...

ein Blick auf das neu zusammengesetzte Herrenhaus,

um auch die besorgtesten Gemüter zu beruhigen. Die Ablehnung des unbeschränkten Verfassungsrechts der Krone und die Unausführbarkeit sind Sicherungen, wie sie auch von den Gegnern gar nicht besser gewünscht werden...

Abg. Lühde (fl.): Die Sicherungen haben nur bedingten Wert, es kommt darauf an, wie das Parlament zusammengefaßt ist und ob es die Verfassung wirklich beschützt. Das beste Beispiel dafür bietet der gegenwärtige Reichstag...

Abg. Hirsch (Soz.):

Auf die Frage, ob der Reichstag seine Befugnisse überschritten hat, will ich jetzt nicht eingehen. Wir haben wichtigeres zu tun, wir haben dafür zu sorgen, daß erst einmal hier in Preußen Ordnung geschaffen wird.

Die „Sicherungen“ werden nach dem Verlauf der bisherigen Debatte in zweiter Lesung jedenfalls abgelehnt werden. Auch wir werden sich vorwiegend über die dritte Lesung zu einer Verständigung zu gelangen? Ich glaube das nicht, ich sehe keine Möglichkeit...

und an das Volk appelliert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Taktik der Herren, die die Sicherungsanträge eingebracht haben, ist durchschaut. Sie sagen den Anhängern des gleichen Wahlrechts: Hier habt ihr die Möglichkeit, das gleiche Wahlrecht zu bekommen...

(Widerspruch im Zentrum.) Gewiß, diese Taktik haben Sie auch bei früheren Wahlrechtsvorlagen eingeschlagen. Herr Pashnide hat durchaus recht, nach der Gestaltung, die das Reformwerk bisher erfahren hat, bedarf es auch, wenn das Stimmwahlrecht noch durch das gleiche Wahlrecht ersetzt werden sollte, weiterer Sicherungen wirklich nicht.

ansieht, der zukünftigen Entwicklung der preussischen Politik die Richtung vorzuzeichnen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den Parteien, die solche Anträge stellen, kann es unmöglich mit ihrer Forderung des gleichen Wahlrechts Ernst sein.

Abg. Weidig (natl.): Hier hat es oft drei und vier Jahre gedauert, ehe eine Wahlprüfung erledigt war. Auch waren die Entscheidungen nicht immer ganz unparteiisch. Deshalb will ein großer Teil meiner Freunde die Wahlprüfungen dem unparteiischen Oberverwaltungsgericht übertragen.

Abg. Weidig (natl.): Hier hat es oft drei und vier Jahre gedauert, ehe eine Wahlprüfung erledigt war. Auch waren die Entscheidungen nicht immer ganz unparteiisch. Deshalb will ein großer Teil meiner Freunde die Wahlprüfungen dem unparteiischen Oberverwaltungsgericht übertragen.

richtig! bei den Soz.) Also wir stimmen gegen die Sicherung. Freilich, allzu große Angst braucht man vor solchen Sicherungen nicht zu haben.

Sicherungen brauchen manchmal durch, und so wird es auch hier gehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Zeit dazu reif ist, dann wird eine Volksbewegung einleiten, (Hört! hört! rechts.) die Flut wird anschwellen und wird den künstlich errichteten Damm niederreißen.

Abg. Ströbel (ll. Soz.): Die schwächliche Haltung der Regierung, die die Rechte und das Zentrum anmerkt, alle möglichen Forderungen zu stellen, läßt darauf schließen, daß sie auf keinen Fall auflösen will.

Abg. Dr. Bell (Z.): Unsere Anträge bilden eine Brücke der Verständigung. Wir wollen weder die gegenwärtige Lage andauern noch das gleiche Wahlrecht zu einem Scheinrecht verschlechtern.

Abg. Dr. Weidig (natl.) zieht seinen Antrag zurück. Damit schließt die Debatte. Die Sicherungsanträge des Zentrums werden abgelehnt.

Verfassungsänderungen und das Mantelgesetz.

Artikel 1 bestimmt, daß der König den Landtag beruft und seine Sitzungen schließt. Er hat das Recht, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, worauf innerhalb 60 Tagen Neuwahlen erfolgen und innerhalb 90 Tagen der Landtag wieder zusammenzutreten muß.

Ein Antrag Kronsohn (Sp.) will auch die Erste Kammer auflösbar machen.

Abg. Haenisch (Soz.):

Von einer Auflösung des Herrenhauses ist in den Kommissionsberichten keine Rede. Was soll denn die Regierung tun, um einer opponierenden Herrenhausmehrheit entgegenüber ihre Vorlesung zum Siege zu führen?

Abg. Dr. Pashnide (Fr. Sp.) befragt seinen Antrag. Abg. Ludewig (natl.) wendet sich gegen den Antrag.

Die Abg. Dr. v. Kries und Dr. Bell (Z.) sprechen sich gleichfalls gegen die Auflösbarkeit des Herrenhauses aus. Minister des Innern Dr. Drews: Gerade weil wir auf der einen Seite ein außerordentlich stark demokratisches Abgeordnetenhaus vorge schlagen haben, wollen wir es auf der anderen Seite für richtig, die Konstitution des Herrenhauses so vorzunehmen, daß dieses in seinen Beschlüssen nicht irgendwelchen Einflüssen unterliegt.

Der Antrag Kronsohn wird abgelehnt.

Zu Artikel 2 liegt folgender Zentrumsantrag vor: „Tritt die Erste Kammer dem Beschlusse der Zweiten nicht bei, so findet nach vorausgegangener Beratung in einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verständigungsausschusse die für beide Kammern bindende Abstimmung über den Vorstoß des Budgets in einer vereinigten Sitzung beider Kammern statt.“

Abg. Bell (Z.): Das volle Budgetrecht der Ersten Kammer ist in demokratischen Staaten wie in Dänemark, der Schweiz, in den Vereinigten Staaten längst zur Geltung gebracht. Aus Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden haben der Ersten Kammer ein weitergehendes Budgetrecht eingeräumt als bisher Preußen.

Finanzminister Dr. Hergt: Was die Regierung vorschlägt, ist lediglich ein Verständigungsverfahren. Die letzte Entscheidung bleibt dabei unter allen Umständen dem Abgeordnetenhaus. Der Antrag Bell bewegt sich in derselben Richtung; er sucht eine mögliche Erweiterung der Rechte des Herrenhauses herbeizuführen.

Abg. Hirsch (Soz.):

In der Kommission hat sich der Finanzminister dem Antrag auf Durchsicht durchaus nicht so inkompatibel gegenübergestellt wie heute. Im Gegenteil, er hat dort ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Hinweis auf andere Bundesstaaten nicht zutrefte.

werden würde dadurch, daß das Herrenhaus geschlossen gegen das Abgeordnetenhaus stimmt. Wir verlangen demgegenüber eine Verminderung der Befugnisse des Herrenhauses. Wenn ein Gesetzentwurf in zwei aufeinander folgenden Sitzungen vom Abgeordnetenhaus angenommen, in der Ersten Kammer aber abgelehnt ist oder nicht zur Beratung gestellt ist, so verlangen wir, daß er dann dem Könige ohne Rücksicht auf die Erste Kammer zur Genehmigung vorgelegt werden muß.

trags beantragen wir Streichung des numerus clausus den die Kommission beschlossen hat. Es mag ja eigenartig erscheinen, daß gerade wir einen solchen Antrag stellen, aber er geht lediglich von tatsächlichen Erwägungen aus.

Abg. Ludewig (natl.): An sich ist uns der Antrag des Zentrums nicht unympathisch, aber eine Durchsicht in beiden Häusern vorzunehmen, ginge erst dann an, wenn die Zahl der Mitglieder beider Häuser einander mehr genähert wird als das jetzt der Fall ist.

Abg. Graf (l.) äußert sich im selben Sinne. Es wird mit zur Debatte gestellt der früher zurückgestellte § 8 der Vorlage über die Zusammenlegung des Herrenhauses, wonach der König bis zu 150 Mitglieder des Herrenhauses auf Lebenszeit ernennen kann.

Abg. Meyer (Sp.) begründet einen Antrag seiner Partei, die geschlossene Zahl (Numerus clausus) von 150 zu streichen.

Abg. Lühde (fl.) erklärt sich gegen diesen Antrag.

Unter Ablehnung sämtlicher Anträge werden die Kommissionsbeschlüsse angenommen. Nach Artikel 7 entscheidet über Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahlen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses das Oberverwaltungsgericht.

Abg. Dr. Ludewig (natl.) beantragt, daß das Oberverwaltungsgericht bei seiner Entscheidung auf die Nachprüfung im Protokoll oder von der Kammer vorgebrachten Gründe beschränkt bleiben soll.

Abg. Dr. Bell (Z.) äußert die schwersten Bedenken gegen die Übertragung des Wahlprüfungsrechts an das Oberverwaltungsgericht. Die Abschaffung dieses Grundrechts des Parlaments halten wir für verhängnisvoll.

Minister des Innern Dr. Drews: Die Regierung hat die Übertragung der Wahlprüfungen an das O. V. G. nicht beantragt, um dem Hause nicht ein Mißtrauen zu zeigen. Sie hat sich aber mit der aus dem Hause hervorgegangenen Bestimmung einverstanden erklärt.

Abg. Reinhard (Z.): Man sollte an den bewährten Grundfäden der Wahlprüfung festhalten.

Die Abg. Lühde (fl.) und Graf (l.) sprechen aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Übertragung der Wahlprüfungen an das Oberverwaltungsgericht, um diese dem Streik der politischen Parteien zu entziehen.

Abg. Haenisch (Soz.):

Der Minister hat ausgeführt, daß er nicht den Vorschlag gemacht hat, die Wahlprüfung dem Oberverwaltungsgericht zu überweisen, um nicht dem Parlament von vornherein ein Mißtrauensvotum anzuhändigen. Die Rechte hat dieses Bedenken nicht gehabt.

unerhörte Beleidigung der Linken

proteliere ich idarjstiens. Die ungläubigsten Ungültigkeits-erklärungen im Reichstage sind von der Rechten ausgegangen, ich erinnere nur an die Fälle Heinrich Braun und Buchwald. Wiederholt haben auch die Parteien der Rechten Wahlprüfungen ihrer eigenen Parteianghörigen oder von Organen der Regierung beantragt, um die Wahl von Sozialdemokraten für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Levin (Sp.): Wir schätzen das Oberverwaltungsgericht sehr hoch, aber bei der Wahlprüfung handelt es sich um ein Grundrecht des Parlaments. Daher lehnen wir den Ausschlußbeschluss ab.

Abg. Weidig (natl.): Hier hat es oft drei und vier Jahre gedauert, ehe eine Wahlprüfung erledigt war. Auch waren die Entscheidungen nicht immer ganz unparteiisch. Deshalb will ein großer Teil meiner Freunde die Wahlprüfungen dem unparteiischen Oberverwaltungsgericht übertragen.

Artikel 7 wird hierauf unverändert angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes und das Mantelgesetz.

Damit ist die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlagen erledigt. Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Domänenetat. Schluß 3 Uhr.

Reichstag.

160. Sitzung, Dienstag, 7. Mai, 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Frhr. v. Stein.

Anfragen.

Abg. Wendel (Soz.) fragt nach den Gründen für das Verbot der Einfuhr der „Wiener Arbeiterzeitg.“, während die Einfuhr der Presse des neutralen und auch des feindlichen Auslandes unbeschadet ihrer Stellung gestattet sei.

Oberst v. b. Vergh: Das Verbot der Einfuhr und des Vertriebs der „Wiener Arbeiterzeitg.“ war notwendig, weil das Blatt seit längerer Zeit eine bedenkliche politische Verberbung betreibt. (Hört, hört! bei den Soz.) In beschränktem Umfang wird aber vor allem für die deutsche Presse und für die in politischem Leben lebenden Verfassungskräfte die Zeitung fortzulassen werden.

Abg. Emmel (Soz.) führt Klage über die Erledigung von Zensurbeschwerden der „Rathenauer Volkszeitg.“.

Oberst v. b. Vergh antwortet darauf. Abg. Gwath (Soz.): Betriebsüberläufe der im Kreise Gauß-Bezirk geführten Reichs-Industriewirtschaftlichen sind nach Verboten der Presse zum Ankauf der Burg Eisenhardt bestimmt worden, die zu einem Wohnsitz des Landrats hergerichtet werden soll. Was gedenkt der Reichsminister zu tun, um eine solche Ver-

Wendung der Heberhöfse der Kriegswirtschaftsstellen durch die Kreisräte zu verhindern?

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Die Beschlüsse der Kreisräte unterliegen nicht der Aufsicht der Reichsbehörden.

Abg. Dr. Müller-Weinungen (Sp.): Die Entlassung des Jahrganges 1899 des Landsturms ist nunmehr verfügt worden. Zur allgemeinen Heberhöhung wird aber denjenigen dieser ältesten Landsturmlaute die Entlassung verweigert, die sich freiwillig zum Militärdienst gestellt haben.

Oberst v. Braun: Die Landstürmer, die sich freiwillig gemeldet haben, unterliegen nicht der Bestimmung des § 98 der Wehordnung, gelten vielmehr als für die Kriegsdauer angezogen und haben als Kriegsfreiwillige Anspruch auf Entlassung erst bei Demobilisation. Selbstverständlich haben diese Leute, als sie sich in den Augusttagen 1914 meldeten, nicht mit einer so langen Kriegsdauer gerechnet. Das Kriegsministerium verschließt sich nicht der Forderung, die sich aus der Zurückbehaltung dieser Freiwilligen ergeben. Unter den in Frage kommenden Personen befinden sich aber viele Offiziere, Ärzte, Beamtenstellvertreter und Inhaber anderer wichtiger Dienststellen, aus denen die ohne schwere Schädigung der militärischen Interessen nicht sofort herausgezogen werden können. Zunächst muß für entsprechende Ersatz gesorgt werden.

Abg. Dr. Reumann-Oster (Sp.) stellt eine längere Anfrage im Interesse der Industrie für Ersatzlebensmittel, die für die Fortführung ihres Betriebes ab 1. Mai einer Genehmigung bedürfen. Die gestellten Anträge aber könnten erst in Wochen ja in Monaten erledigt werden, so daß bei strenger Durchführung der Verordnung mit der Schließung zahlreicher Betriebe gerechnet werden müßte.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Bei der Durchführung einer Verordnung, die das Wirtschaftsleben so stark beeinflusst, wie die Verordnung über die Herstellung von Ersatzlebensmitteln, sind in der Uebergangszeit Härten nicht zu vermeiden. Der Reichsfinanzminister hat jedoch eine Reihe von Erleichterungen vorgesehen.

### Etats des Reichswirtschaftsamt

fortgesetzt.  
Abg. Liesching (Sp.): Die Kriegswirtschaft hat in der ganzen Bevölkerung eine gewaltige Erschütterung erzeugt, die Kriegsgesellschaften tun so, als hätte der Staatsbürger überhaupt kein Recht. Mit den neutralen Staaten sollten wir über die Einfuhr und Ausfuhr kurzfristige Verträge abschließen. Den Lebensnotwendigkeiten der Neutralen wollen wir gern Rechnung tragen; aber Nachgiebigkeit der Neutralen gegen Englands Wünsche bis zum Aufgeben der Neutralität gegen uns dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Der Redner führt des weiteren Klage über ungleichmäßiges Verhalten der Behörden bei Beschlagnahmen.

Abg. Hüttmann (L. Soz.): Die wirtschaftlichen Gegensätze werden durch den Krieg außerordentlich verschärft. Die Ausatmung der sich daraus ergebenden Konflikte wird im Kriege zurückgehalten, aber nach dem Kriege wird es zu schweren Zusammenstößen kommen. Die

### Lebenshaltung der Arbeiter hat sich enorm verschlechtert.

Stiefel und Kleidung können sie sich so gut wie gar nicht beschaffen, und die Preise für die Lebensmittel sind weit stärker gestiegen als die Löhne. Auch die neuen Steuern belasten in erster Linie die Arbeiter, sie lassen jeden sozialen Zug vermissen. Auch das Kleingewerbe und der Kleinhandel, die schon vor dem Krieg ungeheuer zurückgingen, sind zusammengebrochen. Wir müssen mit dem Aufbau von Arbeitskraft aufhören, die wir während des Krieges getrieben haben; die am 4. August 1914 befristeten Arbeitersubventionen müssen wieder hergestellt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Befreiung der Heiligkeit für die Landarbeiter. (Beifall b. d. L. Soz.)

Abg. Dombed (Soz.) verlangt vom Reichswirtschaftsamt Förderung sozialer Maßnahmen.

Darauf wird die allgemeine Aussprache geschlossen.

### In der Einzelberatung verlangt

Abg. Hür (Z.), daß die Einkaufsvereinigungen und Warenbeschaffungsstellen des Einzelhandels als Großhändler und für die Uebergangswirtschaft als Großhändler vom Reichswirtschaftsamt anerkannt werden.

Abg. Wehrens (D. Fr.) wünscht die Förderung des Obstbaues.

Abg. v. Bühlendorf-Kelvin (L.) tritt für eine Förderung der Winnenfischerei ein.

Abg. Sadhe (Soz.) weist auf die schlechte Lage der Kalkindustrie hin, deren Verstaatlichung-erzucht ins Auge gefaßt werden sollte.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Dr. Müller teilt mit, daß dem Reichstag in nächster Zeit eine Novelle zum Kalkgesetz ausgehen werde. Es werde alles geschehen, um den Kalkausbau und den Kalkabsatz zu fördern.

Abg. Sadhe (Soz.) wünscht, daß im Reichsarbeitsblatt die Löhne der sächsischen Bergarbeiter in derselben Weise aufgeführt werden wie die anderen.

Beim Reichsversicherungsamt begründet Abg. Weder - Arnberg (Z.) einen Antrag, wonach die Zuschläge auch den Altersrenten, den Waisenrenten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und den Hinterbliebenenrenten aus der Unfallversicherung zuzurechnen seien. Die Unfallversicherung soll auf Berufsanfänger ausgedehnt und die für die Krankenversicherung festgesetzte Höchstgrenze für die Pflichtversicherung von 2500 auf 4000 M. erhöht werden.

Abg. Breh (Soz.) fordert die Einbeziehung der Lungentuberkulose unter die in die Verpflichtungen der Berufsgenossenschaften einfallenden Berufskrankheiten, da z. B. unter den Steinarbeitern 85 Proz. von der Lungenschwindsucht ergriffen werden. Weiter verlangt er den Ausbau der Schutzbestimmungen und weitgehende Einführung von Aufsichtsmännern in gesundheitsgefährlichen Betrieben. Besonders die Benzolarbeiter, aber auch andere Rüstungsarbeiter arbeiten unter besonders gefährlichen Umständen. Die Arbeit in solchen Betrieben müßte aufhören. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.)

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. Nachher der Marinemat.

Schluß 7 1/2 Uhr.

## Parteinachrichten.

### Einen eigenartigen Scherz

teilt sich die „Leipziger Volkszeitung“ in einer ihrer letzten Nummern. Sie behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß in der Steuerfrage die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion dahin gingen, die Besitzenden vor hohen direkten Steuern zu beschützen. Das klingt so ungläublich, daß wir die Verpflichtung fühlen, diese Behauptung des „unabhängigen“ Blattes wörtlich zu zitieren. Sie lautet:

„Sie (die Sozialdemokraten) wollen sich beteiligen an der Steuermacherei der bürgerlichen Parteien, durch die das Glas Bier des Arbeiters verteuert wird, damit die Besitzenden nicht durch hohe direkte Steuern belastet werden sollen.“  
Der drohende Verlust eines weiteren „unabhängigen“ Mandats bei der Wahl im 18. sächsischen Kreise scheint die Leute von der „Leipziger Volkszeitung“ um den Rest von kritischer Bewertung ihrer Arbeit gebracht zu haben. Sonst hätten sie sich vergegenwärtigt, daß die von ihnen behauptete Wirkung der steuerlichen Entlastung von der — unabhängigen Steuerpolitik ausgeht. Gerade die „unabhängigen“ haben nämlich gegen die direkte Besteuerung der Kriegsgewinnler gestimmt, indem sie die den Besitz belastende Kriegsgewinnsteuer ablehnten, die nicht weniger als 5,7 Milliarden gebracht hat! Was die von der Leipzigerin herangezogene Bier-

steuer anseht, so ist von der sozialdemokratischen Fraktion bereits bei der ersten Beratung am 25. April erklärt worden, daß für sie die Biersteuer unannehmbar sei. Und die 6 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben demgemäß am Freitag in der Getränkesteuerkommission des Reichstages gegen den § 3 der Vorlage gestimmt, der die Verbrauchssteuer des Bieres um ungefähr 12 Pf. für das Liter Voller Bier bringen soll.

Wer was der Dumor bei der Sache ist: Nach dem enträstelten Ankniff der Leipzigerin sollte man wenigstens annehmen, daß die „unabhängigen“ der „Steuermacherei der bürgerlichen Parteien“ gegenüber früh und spät auf dem Boden seien und den Steuer-machern schon auf die Finger saßen. Ja, das sollte man annehmen. Was vermeldet aber statt dessen der Parlamentsbericht? Also aufgepaßt:

Bei allen Abstimmungen über die einzelnen Steuerparagrafen, auch über den Bierparagrafen, hat das unabhängige Kommissionsmitglied der Unabhängigen, Herr Simon, durch Abwesenheit gegläntzt, und zwar unentschuldig. Er hat also nicht dagegen gestimmt, sondern hat die „bürgerliche Steuermacherei“ bei der Abstimmung stillschweigend über die Arbeiterkraft ergehen lassen!

### Grenzsperr.

Wie die „Münchener Post“ mitteilt, ist dem Österreichischen Genossen Dr. Ellenbogen, der eingeladen war, Karl Marx' Lebenswerk in München zu würdigen, von der deutschen Votschaft in Wien kein Visum erteilt worden. Genosse Franz Schmitt nagelte dieses Verhalten in der Marx-Veranstaltung fest: „Nichts freibeitlich Österreichisches soll in das Deutsche Reich hinein! Die bayerische Regierung hatte aber nicht die Kraft gegenüber der Berliner Anordnung, einem Angehörigen eines uns befreundeten Staates den Aufenthalt auf ein paar Tage in ihrer Hauptstadt zu ermöglichen.“

### Die Beiträge verdoppelt.

Eine am Sonntag in Bunzlau abgehaltene Kreisversammlung für den Wahlkreis Bunzlau-Lützen beschloß einstimmig, den Monatsbeitrag für männliche Parteimitglieder von 80 auf 60 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 auf 30 Pf. zu erhöhen. Die Zahl der Mitglieder stieg im vergangenen Jahre um rund 100 Proz., von 826 auf 610, davon sind weibliche Mitglieder 385 gegen 115 im Vorjahre.

### August Eckardt gefallen.

Am 18. April fiel bei den Kämpfen im Westen der Genosse August Eckardt aus Salungen. Er vertrat im Weimarer Landtag seit 1913 den Wahlkreis Salungen. August Eckardt war ein eifriger Verehrer der sozialdemokratischen Ideen. Seine Tätigkeit im Landtag gab zu den besten Hoffnungen für die Zukunft Anlaß.

### Entlassen.

Die „unabhängigen“ Leipziger Stadtverordneten Alfred Dieck und Traugott Kurze sind aus der Untersuchungshaft entlassen worden, in Haft befindet sich noch Richard Lipinski.

## Groß-Berlin

### Volkspeisungsklagen.

Auch in Charlottenburg läßt die Volkspeisung recht viel zu wünschen übrig. Ein dort arbeitender Parteigenosse, der seit längerer Zeit gezwungen ist, aus ihr sein Mittagessen für die Wochentage zu beziehen, schildert uns einige der ihm bereitetem Genüsse. Dabei betont er, daß er zugleich im Einkaufen mit noch anderen Gästen der Volkspeisung und seine Beschwerden vorträgt. Er sagt, daß er für die vier Fleischartenabteilungen, die er für sechs Wochentage hingibt, von Fleisch nur ab und zu einzelne in dem Essen schwimmende ganz winzige Fettschnecken zu sehen bekommen habe. Besonders klagt er, die Speisen seien nicht nur nicht schmackhaft, sondern mardmal so, daß er sie als widerlich bezeichnen müsse. Als Beispiel erwähnt er ein in der letzten Woche verabreichtes Gericht, das sich ihm schon beim Eintritt in den Raum der Speiseausgabestelle durch den Geruch nicht gerade angenehm bemerkbar gemacht habe. Nach dem Ergebnis seiner Versuche, die Zusammenziehung dieses Mittagessens selbst zu versuchen, hielt er es für gedörrte Kohl- und Möhrerüben mit Kartoffeln, vermischt mit Sago und mit Teichchen von getrocknetem oder gefalzenem Fisch, angedünnt mit Dorsch. Er ist als Hamburger an Fisch gewöhnt, aber diese Fischsuppe gab dem Rücken- und Korporengewebe einen solchen Geschmack, daß ihm — gelinde ausgedrückt — „anders wurde“. Auch sonst seien die aus Dörrgewürze bestehenden Gerichte, sagt er, manchmal kaum hinunterzuwürgen. Sein Wunsch, daß die Volkspeisung Besseres bieten möge, ist sehr begründet.

### Berliner Lebensmittel.

Der Magistrat Berlin bittet uns darauf hinzuweisen, daß die neue Kundenliste für Kartoffeln mit Montag, den 18. Mai in Kraft tritt und die alte Kundenliste an diesem Tage ihre Wirksamkeit verliert, und weiter, daß die Kartoffelhändler die neuen nachgeprüften Kundenlisten am Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags pünktlich bei ihrer Brotkommission in Empfang zu nehmen haben.

Von Donnerstag, den 9. bis Mittwoch, den 15. Mai wird in den Bezirken der 59., 60., 61., 62., 63., 66., 67., 68., 179., 195. und 210. Brotkommission auf das Mittelstück der zurzeit gültigen Speisekarte pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Auf Abschnitt A der neu ausgegebenen Berliner Bezugskarte entfällt 1/2 Pfund Weigloshauerkraut. Anmeldebetage sind der 8., 10. und 11. Mai. Die Abkmitte sind in den durch ein besonderes Verkaufsschild gekennzeichneten Geschäften abzugeben. Der Verkauf beginnt durch die einzelnen Kleinhändler, sobald die Ware zur Stelle ist.

### Ein Kriegswohnungsamt für Groß-Berlin.

Der Architektenauschuß Groß-Berlin hat, wie wir erfahren, eine eingehend begründete Eingabe an das Staatsministerium mit dem Antrag auf Errichtung eines einheitlichen Wohnungsamtes für Groß-Berlin gerichtet, das als vorläufige Hauptstelle für die Dauer des Krieges alle Maßnahmen zur Beseitigung und zweckmäßigen Bekämpfung der Wohnungsnot vorbereiten und durchführen soll.

Bisher sind leider alle Bemühungen, die Wohnungsfrage für Groß-Berlin von einem Mittelpunkt aus zu lösen, gescheitert, weil es eben an den Voraussetzungen für die Schaffung eines solchen Mittelpunktes fehlte. Die einzelne Gemeinde ist zur Bekämpfung der Wohnungsnot machtlos; auch die in letzter Zeit zwischen den einzelnen Gemeinden Groß-Berlins geführten Besprechungen über die Durchführung von Notstandsmaßnahmen wie Freigabe von Dach- und Kellergeschossen, Herstellung von Wohnbaracken und Vereinstellung der öffentlichen Gebäude zu Unterkunftsräumen, können als ausfindigreich und ausreißend nicht angesehen werden. Auf verwaltungsrechtlichen Wege ließe sich aber durch geeignete Maßnahmen der Staatsregierung wohl eine Einrichtung wie die eines Kriegswohnungsamtes für Groß-Berlin schaffen, und es liegt nahe, diese Aufgabe dem Verband Groß-Berlin zu übertragen, der in seiner Tätigkeit zwar gesetzlich beschränkt, für die Bekämpfung der Wohnungsnot aber alle sachlichen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllen könnte. Die Verbandsversammlung Groß-Berlin hat jüngst einen Antrag angenommen, worin für die Förderung der Kleinhausneubauarbeiten und der Baulätigkeit überhaupt der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß Reich, Staat und Gemeinden sowohl gemeinnützige wie private Bauten möglichst fördern und zu diesem Zwecke bei der Be-

schaffung von Baustoffen und Baubehelfen mitwirken sollen. Die Verbandoberleitung Groß-Berlin ist unseres Erachtens auch die geeignete Stelle, um zunächst die dringliche Frage der Errichtung eines Kriegswohnungsamtes für Groß-Berlin zu behandeln.

### Das fiskalische Siedlungsland in Groß-Berlin.

Wie wir hören, finden gegenwärtig im Schoße der Staatsbehörden erneute Beratungen über die Bedingungen statt, unter denen die Staatsregierung fortschreitend domänenfiskalisches Gelände von insgesamt 753 Hektar in Groß-Berlin zur Errichtung von Kleinhausneubau zur Verfügung gestellt hat. Zu weiteren Verhandlungen mit dem Verbande Groß-Berlin ist der Regierungspräsident in Potsdam ermächtigt worden.

Dem Bürgerauschuß Groß-Berlin sind als neue Körperschaftliche Mitglieder beigetreten: Berliner Hausfrauenverein E. W. (Vina Morgenstern), Berliner Verein für Frauenstimmrecht, Liberaler Verein Schöneberg, die Stadtverordneten von Cöpenick, Sozialer Ausschuß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Groß-Berlins.

1000 M. Belohnung und — ein lebendiges Ziegenlamm bietet durch Säulenschlag ein von Einbrechern beschlohener Wohnungsinhaber demjenigen, der den Dieben die Beute abjagt. Vor dem Kriege hätte der Mann mit seinem als Belohnung ausgelegten Ziegenlamm wohl nur einen Heiterkeitserfolg gehabt, heute aber wird es gewiß mandem als eine sehr schätzbare Zugabe zu den verprochenen 1000 M. erscheinen. Der Ziegenwucher hat dafür gesorgt, daß man jetzt sogar für ein armseliges Ziegenlamm, falls überhaupt eins zu haben ist, schon recht tief in den Beutel greifen muß.

Feldpostpakete an die Front. Nach einer Bekannmachung des Reichspostamtes werden Feldpostpakete über 50 Gramm an die Truppenangehörigen der Westfront, des Großen Hauptquartiers sowie an Heeresangehörige im Generalgouvernement Belgien und in Luzern wieder angenommen. Im Einverständnis mit der Heeresverwaltung wird dringend davor gewarnt, in diesen Paketen und Paketen leicht verderbliche Nahrungsmittel ins Feld zu schicken.

Der Sportpark Treptow veranstaltet am Himmelfahrtstage ein großes Rennen und zwar werden daran 8 Dauerfahrer und sämtliche Flietzer teilnehmen. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Der Untergarten bietet in seinem Malprogramm eine hübsche ersteklassige Sehenswürdigkeit aus allen Gebieten der Varietétunst. Die Artoball ist vertreten durch die vier Kemiä, turnerische Travour zeigen Otilia und Partner, die Jongleureklünke der Fangballspielerin Marie Blank erfreuen durch ihre graziose Trefflichkeit und Willi, der „stürzende Mann“, erregt als Virtuoso einer vorgezeichneten Plumpheit fröhliches Staunen, als Vortragskünstler produzieren sich der sächsische Komiker Paul Göbel und Willi Walter-Schreiber, die „kleine Soubrette“, Fred Singers Imitationen berühmter Geigenvirtuosen (Paganini, Sarasate, Rubini und Menuhin), Durga's überausender Illusionsakt „Das fliegende Piano“ und die tierischen Schattenspiele der zwei Valans seien als besondere Glanznummern des durchweg interessanten und unterhaltenden Programms genannt.

Im Sirkus Busch finden am Himmelfahrtstage zwei Vorstellungen statt. Auch in der Nachmittagsvorstellung gelangt das Programm unterläßt zur Aufführung. Ein angehöriges Kind ist auf allen Sitzplätzen frei einzuführen, weitere zahlen halbe Preise.

Eine verzwählte Klingelfahrt. Als eine Frau aus der Mendelssohnstr. 9 gestern in Begleitung einer anderen von einem Ausgang heimkehrte, fand sie in ihrer Küche zwei Männer, die aus den Säulen ihrer Wohnung Wäsche, Kleider und andere Wertgegenstände herausgeholt hatten und gerade dabei waren, sie zum Mitnehmen zu verpacken. Erst etwas verblüfft, saßen sich die Ueberraschten leise an und erzählten nun, ein dritter Mann, der unten an der Tür stehe, habe sie beauftragt, die Sachen herunterzuholen, die in der Küche schon bereit lägen. Die Wohnungsinhaberin glaubte das und ging mit den beiden hinunter. Am Eingang stand in der Tat ein Mann. Als dieser jedoch die beiden mit der Frau herauskommen sah, lief er eilig davon. Die Frau verfolgte ihn und ließ ihn festnehmen. Unterdessen ergriffen die beiden anderen die Flucht und entkamen. Nun ergab sich, daß der Entpopte, ein schon oft bestrafter „Arbeiter“ Gustav Kriebe, den Entkommenen einen Brief gegeben hatte, daß in der Wohnung etwas zu holen sei. Kriebe hatte dann aber das Ding mit einem anderen drehen wollen. Als die beiden das erfuhren, prügelten sie ihn durch und gingen auf eigene Faust vor, während sie Kriebe draußen ließen. Bei der Ueberwachung versuchten sie nun, ihm die Schuld zuzuschreiben und sich reinzuwaschen. Kriebe dagegen hatte die Absicht gehabt, sie mit der Beute herauskommen zu lassen, um sie mit ihr festnehmen zu lassen. Zum Schluß war er nun doch noch der einzige, der bei dem Unternehmen hinhinfiel.

Unbekannte Tote. Am 4. Mai wurde in Orly aus dem Testokanal eine unbekannt weibliche Leiche gelandet. Die Tote, in den zwanziger Jahren, ist 150 Zentimeter groß, kräftig, gut genährt, hat rundes Gesicht, halblanges, dunkelblondes Haar, vollstündige weiße Zähne. Der Rachenrücken ist etwas eingezogen. Velleidet ist die Leiche mit schwarzem Ober- und Unterrock, gelbem Knie, schwarzen durchbrochenen Strümpfen, schwarzen Halbschuhen, schwarzer wollener Weste und schwarzer wollener Unterjacke. Nachrichten über die Tote, die schon einige Wochen im Wasser gelegen, an den Amtsvorsteher in Berlin-Orly.

Kleine Notizen. Beschäftigung der Weidwerke in der Cöpenicker, Ede Adalbertstraße, ist es erforderlich, die Wagen der Straßenbahnlinie I, Station in der Nacht vom 13. zum 14. von 12.30 Uhr ab in beiden Richtungen anhalt über die Cöpenicker Straße, Engländer, Andrastraße, durch die Brücken, Holzmarkt, Breßlauer, Andrastraße zu fahren.

Geschäftliche Mitteilungen. Am 9. Mai, Himmelfahrt, findet die Eröffnung des Varietés und Lichtspieltheaters Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 122/23, statt.

Neußölln. Lebensmittel. Vom Mittwoch, den 8. bis Mittwoch, den 15. Mai, dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 24 der allgemeinen Lebensmittelliste für Neußölln 250 Gramm Teigwaren entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gr. Teigwaren aus 10proz. Weizenmehl 82 Pf., aus 75proz. Mehl 60 Pf.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 6 der Eierkarte werden vom 8. d. Mts. je 2 Eier zu je 33 Pf. abgegeben. Wer bis 12. d. Mts. die Eier nicht abgefordert hat, verliert das Recht hierauf. Da die Eier vor der Ausgabe geklärt sind, ist ein Umlauf schlechter Eier ausgeschlossen.

Abkmitte 7 der Eierkarte ist in den bekannten Eierverkaufsstellen bis einschl. 11. d. Mts. zur Abtrennung vorzulegen.

Mariendorf. Ungültige Gemeindevahlen. Die Gemeindevorberberatung hatte sich zunächst mit der Prüfung der Wahlen zur Gemeindevorbertragung zu befassen. Bekanntlich haben die seitgefundenen Wahlen im März für die 3. Abteilung mit dem Siege der sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Leip, Sudek und Weinert gegenüber den Kandidaten und bisherigen Gemeindevorordneten Weisbal, Wittig und Waldheim geadet. Vom Wahlvorstand wurde nur die Wahl des Genossen Leip für gültig erklärt, weil alle drei Kandidaten als Anangeseffene gewählt seien; es waren aber zwei Angeseffene und ein Anangeseffener zu wählen. Gegen diesen Beschluß war vom Wahlvereinsvorstand Protest eingelegt mit der Begründung, daß Genosse Leip als Angeseffener in Betracht käme. Vom Bürgermeister Hesse wurde dazu ausgeführt, daß Leip als Angeseffener nicht zu betrachten sei, weil die Mariendorfer Karte das Grundstück, deren Vertreter Leip sein soll, noch nicht ein Jahr im Besitz habe. Von den Gemeindevorordneten Weisbal (L. Soz.) und

Weber (M. S.) wurde demgegenüber ausgeführt, daß sich der Bürgermeister mit seiner Ansicht im Irrtum befindet; es könne als Angelegener im Sinne der Landgemeindeordnung als gewählt gelten, wenn jemand 1 Jahr im Orte wohnt und bei seiner Wahl die Auflassung des Grundstücks vollzogen wäre. Sämtliche bürgerlichen Gemeindevertreter schlossen sich aber der Ansicht des Bürgermeisters an und wurde demnach die Wahl des Genossen Leip als Angelegener gegen die Stimmen der 4 (M. S.) Gemeindeverordneten für ungültig erklärt. Nach dem Vorschlage des Bürgermeisters sollte wurde hierauf der Genosse Lew als Angelegener als gewählt erklärt. Die Wahlen der beiden Genossen Sader und Deinet wurden einstimmig für ungültig erklärt. Es hat demnach in Kürze eine Neuwahl stattzufinden, in welcher zwei Angelegene zu wählen sind; die Stimmen für unangefessene Kandidaten sind ungültig. Die Wahlen für die 1. und 2. Abteilung wurden einstimmig für gültig erklärt.

Weiter hatte sich die Gemeindevertretung mit dem Antrage des Gemeindevorstandes zu befassen, die öffentliche Abfuhr bei Festlichkeit von Staats- und Gemeindefeiern einzuführen. Von einigen bürgerlichen Vertretern wurden Bedenken dagegen geäußert. Es wurde aber mit Mehrheit dem Antrage des Gemeindevorstandes zugestimmt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Groß-Berlin.

Heute abend 8 Uhr: Mitlieder-versammlungen und Zusammenkünfte der Parteigenossen.

#### Berlin I.

Bei Claus, Kommandantenstraße 88.

#### Berlin II.

1. und 2. Abt. Besten bei Bickert, Steinmehlr. Wa. — 3., 4. und 5. Abt. Friedrichstadt und Südwesten, Lindenstr. 3, 2. Hof III. — 6. Abt. Südwesten bei Schuler, Chamissoplatz 4. — 7. und 8. Abt. Süden bei Reim, Urbanstr. 29.

#### Berlin III.

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

#### Berlin IV.

Petersburger Viertel: bei Kühne, Schreinerstr. 63. — Landsberger Viertel: im Elbthum, Landsberger Allee 40. — Frankfurter Viertel: Kleines Gewerkschaftshaus, Elbstedtstr. 11. — Straßauer Viertel: bei Riensig, Simon-Dach-Str. 24, Ede Revaler Straße. — Uckerländer und Gipsener Viertel: im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

#### Berlin V.

Abt. 1b bei Schwanberg, Nauvarder Str. 8. — Abt. 1 und 1a bei Winger, Winkstr., Ede Christophstr. — Abt. 2 u. 3: Siemensfeldstraße, Winkstr. 3. — Abt. 4, 5 u. 6 bei Bickert, Winkstr. 198. — Abt. 7 bei Walter, Schiffbauerdamm 22.

#### Berlin VI.

1. und 2. Abt. bei F. Debroham, Swinemünder Str. 11. — 3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189, Ede Raumerstr. — 5. Abt. bei Griesner, Stahlhammer Str. 30, an Bickertstr. u. Eisenbahnbrücke Kappellallee. — 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36. — 7. Abt. bei Korn, Gleimstr. 10, Falkplatz. — 8. Abt. bei Hoffmann, Swinemünder Str. 47. — 9. Abt. bei Obige, Straßener Str. 11. — 10. Abt. bei Carus, Volkstr. 37. — 11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101. — 16., 17. und 20. Abt. bei Sachs, Lindower Straße 26. — 18. u. 19. Abt. im „Schwedenselt“, Gergierstr. — 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seefer. 104.

#### Teltow-Beeskow.

Uckerhof: bei Feyerstein, Bismarckstr. 82.

Alt-Gleiwitz-Hallenberg: Hermann Reiter, Straße am Falkenberg 10/20.

Wris-Rudow: bei Fahr, Wris, Werder Str. 37.

Charlottenburg: Vollschaus, Rosinenstr. 4.

Friedenau: Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 66.

Mariendorf: bei Hoch, Chausseestr. 44.

Neukölln: 1. und 2. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47, Ede Donaustraße. — 3. und 4. Bezirk bei Brauer, Tellstraße, Ede Wessertstraße. — 5. Bezirk bei Schütler, Reichelstr. 6, Ede Donaustraße. — 6. Bezirk bei Noack, Wessertstr. 41, Ede Fuldastraße. — 7. Bezirk bei Iden, Boddinstr. 68, Ede Hartstraße. — 8. Bezirk bei Kleiner, Stuttgarter Str. 7. — 9. Bezirk bei Röhse, Verhelshofstr. 8, Ede Neue Donaustraße. — 10.—12. Bezirk im Turnerheim, Wilmische Str. 13. — 13.—17. Bezirk bei Genzel, Hermannstr. 178, Ede Thomasstraße. — 18.—20. Bezirk bei Rüdow, Brink-Händelstr. 69. — 21.—24. Bezirk bei Heuschel, Herrfurthstr. 27.

Schöneberg: bei Obit, Martin-Luther-Str. 60.

Sieglitz: bei Clement, Duppelstr. 7.

Tempelhof: bei Schabe, Berliner Str. 121, Ede Friedrich-Wilhelm-Straße.

Wilmersdorf: bei Schumann, Schwarzpflöppstraße.

Wilmersdorf: bei Schäfer, Brandenburgische Str. 60.

## Niederbarnim.

Friedrichs-Petersbagen: bei Geuer in Petersbagen.

Lichtenberg: im Lokale von Heinrich Stöber, Jungstr. 20, Ede Ockerstraße.

Oberschöneweide: bei Ladewig, Laufenerstr. 5.

Reinickendorf-Ost: bei Döhner, Reichenstr. 50.

Reinickendorf-West: bei Schiller, Antonienstr. 10.

Weißensee: bei Stäcke, Charlottenburger Str. 8, Aussprache über Expeditionsangelegenheiten.

Krausdorff: bei Hampel, Köpenicker Str. 5, Bericht von der Kohlenversorgung.

## Berichtszeitung.

Nur die Beschaffung von Schleichhandelswaren für Arbeiter ist strafbar. Eine weite Kreise, insbesondere die Rüstungsindustrie interessierende Entscheidung fällt die erste Strafkammer des Landesgerichts II. Wegen Höchstpreisvergehen, Abgabe von Fleisch ohne Marken usw. waren der Fabrikbesitzer Otto Winkelmann, der Buchhalter Reinhold Hermann und der Betriebsbeamte Fritz Pohlmann angeklagt. — Das Schöffengericht hatte alle drei zwar des objektiven Verstoßes gegen diese Bestimmungen für schuldig befunden, sie aber trotzdem freigesprochen, und zwar mit folgender interessanter Begründung: In den Fabriken von H. Schandardt und der des Angeklagten Winkelmann, in denen wichtige Meeresbedarfsartikel im Großen hergestellt werden, hätten die Arbeiter mit der Niederlegung der Arbeit gedroht, wenn ihnen nicht Fleisch oder Fleischwaren zur Verfügung gestellt würden. Die Angeklagten beschafften nun aus dem Schleichhandel ganz erhebliche Mengen Schweine- und Rindfleisch, welches den Arbeitern weit unter dem eigenen Gestehungspreis zur Verfügung gestellt wurde. Hierin liegt objektiv ein Verstoß gegen jene Bestimmungen. Die Angeklagten befanden sich nun in einer Zwangslage: Entweder sie begingen diesen Verstoß und stärkten damit den einen Feind, die Schleichhändler, Lebensmittelmisshandler und Schieber, oder aber sie setzten sich der dringenden Gefahr aus, daß die Arbeiter die Arbeit einstellen und wichtige Meeresbedarfsartikel, von deren rechtzeitiger Beschaffung unter Umständen das Gelingen einer militärischen Operation zur Niederdrückung des viel gefährlicheren äußeren Feindes abhängen kann, nicht fertiggestellt werden. In diesem Konflikt mußten die Angeklagten der höheren Gefahr begeben, denn die militärischen Interessen gehen unter allen Umständen vor. Aus diesem Grunde mußte wohl objektiv, aber nicht subjektiv eine Verletzung festgestellt und auf Freiprechung erkannt werden. — Wegen dieses Urteils legte die Staatsanwaltschaft Verstoß ein und vertrat den Standpunkt, daß man aus vaterländischem Interesse den Gründen des Schöffengerichts beizustimmen könne, wenn es sich eben lediglich um Beschaffung von Fleisch für den Arbeiter selbst für die Heimatarmee, welche für die Kameraden draußen tätig ist, handeln würde. Etwas ganz anderes ist es aber, wenn dieses Fleisch auch an die kaufmännischen Angestellten bis zum Prokuristen herankommt, verteilt würde, dies bedinge die Strafbarkeit. Da die Verhandlung ergab, daß tatsächlich das Schleichhandelsfleisch nicht nur an Arbeiter geliefert worden war, erkannte die Strafkammer unter Aufhebung des freisprechenden Urteils auf Geldstrafen von 1000 Mark beziehungsweise 200 Mark.



Todesurteil gegen einen Spion. Durch Urteil eines beim Kommandanturgericht in Berlin gebildeten Feldkriegsgerichts vom 20. April d. J. ist der fahnenflüchtige Matrose Theodor Stedler, aus Münster i. W. gebürtig, wegen vollendeten Kriegsverrats, begangen nach seiner Fahnenflucht in Holland, zum Tode verurteilt worden. Stedler war einem der zahlreichen feindlichen Spionagebüros in Holland in die Hände gefallen. Seine Festnahme erfolgte auf einer Reise, die er zu

Spionagezwecke von Holland nach Deutschland unternommen hatte. Der Fall gibt Anlaß dazu, auf die außerordentlichen Gefahren aufmerksam zu machen, denen fahnenflüchtige im neutralen Ausland ausgeht sind.

## Aus aller Welt.

Mineralkatastrophe in Schweden. Kopenhagen, 7. Mai. „Berlinsche Abendpost“ meldet aus Stockholm: Eine furchtbare Mineralkatastrophe hat sich gestern bei Eskerö vererget. Eine an Land getriebene Mine sollte von der Marinemannschaft entladen werden, sie explodierte jedoch vorzeitig mit ungeheurer Gewalt. Sechs Personen wurden sofort getötet, zwei tödlich verletzt. Unter den Getöteten befindet sich ein schwedischer Marineoffizier. Die Leichen der Getöteten wurden weit hinausgeschleudert.

## Gewinnauszug der 11. Preussisch-Litauischen (37. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 5. Klasse 1. Ziehungstag 7. Mai 1918

Auf jede getragene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vorseite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Die Gewinne in Lit. Lit. Lit.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Lit. gezogen: 2 Gewinne zu 10 000 Lit. 107730  
4 Gewinne zu 5000 Lit. 172007 179545  
56 Gewinne zu 3000 Lit. 587 4585 8885 14260 14909  
19493 23773 24089 24687 20717 34298 34664 35087 38046  
44123 76102 72268 73749 79129 83286 101499 118952  
118443 119225 124007 128334 132033 135853 139166 139244  
140261 144283 147279 151112 155058 158806 155558 155333  
197157 201166 204284 224960 231286  
122 Gewinne zu 1000 Lit. 3785 4107 5183 11097 12054  
12200 13478 16365 20784 21777 24714 25684 27021 27222  
29986 38100 40560 40845 53734 58370 60459 68202 69990  
70477 72454 79587 83321 96395 101547 114233 116058  
117611 123911 126891 128498 129343 134219 137741 141861  
142063 155387 157771 157959 160950 162704 164628 171325  
178993 177989 178560 183207 185241 190054 195308 199769  
201243 215600 218284 220143 220493 229202

174 Gewinne zu 500 Lit. 2654 7980 11295 15193 16343  
24222 29969 30775 31580 33528 37479 37775 47693 55007  
69164 70893 72680 72699 74894 77245 78558 81584 82857  
87197 88858 90830 92850 95895 97452 100690 101304  
106378 106903 108325 112747 118401 117055 119574 121355  
124473 125393 126578 131882 132923 136105 136508 137552  
137930 138503 141165 143678 145989 147912 149564 149188  
152205 152733 154363 155477 158554 159674 162262 167261  
167367 170873 171220 173428 187078 189048 192576 192590  
195007 201650 202217 205496 208324 208915 208933 212518  
213866 217697 220641 225853 225992 231834 231865

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Lit. gezogen: 2 Gewinne zu 50 000 Lit. 89343  
4 Gewinne zu 10 000 Lit. 24407 212500  
6 Gewinne zu 500 Lit. 32260 33863 98135  
64 Gewinne zu 3000 Lit. 2373 12164 15700 18869

33378 39430 56288 58917 69380 96564 114443 119604  
122198 123623 128631 130715 133229 140814 147297 150825  
152787 155390 155569 158260 161348 184148 199900 204667  
205998 211465 224699 228299  
70 Gewinne zu 1000 Lit. 13203 14949 15079 17765  
19348 29170 33530 35305 41994 42208 44050 52377 52613  
53007 54150 54411 52397 67422 73306 76223 84562 83033  
92254 94144 98008 97444 97984 100329 100932 102258  
103432 105828 105790 107536 111980 115049 115740 116092  
116954 119951 120585 122563 125036 128006 131732 134622  
134860 135690 140534 142117 143850 144047 144718 149598  
154845 155470 158144 158451 158657 160444 164718 164733  
168501 176582 177677 177859 177879 182118 182967 185390  
185760 187117 187589 190137 191981 195328 203581 205125  
214984 217808 218308 219925 230442 232809 233810

192 Gewinne zu 500 Lit. 121 497 4928 5645 5748  
7819 14786 14843 17846 18035 19334 21446 31847 32794  
34104 39034 39914 42507 49370 50177 50229 52055 59507  
60597 60973 82484 84839 87444 67587 70592 70119 72485  
73998 74182 75795 76747 82706 95883 95557 102996 104409  
107139 111927 112852 116891 117468 117741 120955 124522  
125895 128424 135291 135962 140569 144789 146604 148325  
149592 151520 152977 153678 155763 156191 159685 159863  
163408 165922 167077 167604 179245 179837 180393 181427  
185577 186237 186847 190296 192361 195274 197376 206149  
209059 209192 211169 213981 215839 217622 218484 221054  
223852 224520 224934 228084 230681 232016 233337

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Im Nordosten vorwiegend heiter und trocken, in der Nacht zu Donnerstag früh, in den Tagstunden überall mäßig, in den anderen Gegenden vielfach wolfig und brisig. Gewitter.

**Tod u. Teufel**

Heber 25 Jahre einzig bewährt!

Reichels Spezialmittel in unveränderter anormer Stärke wirken mit vernichtender Kraft.

**Wanzen-Fluid „Radikal“**  
Flasche M. 1.25, 2.25, 3.75 u. 5.50.

**Schwaben-Puder „Marital“**  
Pack M. 1.—, 2.—, 4.—, Pfund M. 8.—

**Motten-Pulver** unvergänglich  
Pack 80 Pf. M. 1.75, 3.50, Pfund M. 7.—

Durchgreifende Wirkung  
Jede Brut abtötend  
Anerkennungen aus aller Welt.

Man nehme in Drogerien nur echte Reichel-Original-Packungen Marke Tod und Teufel

Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.  
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4151, 4702, 4703.  
Lioferant F. Armo u. Marins, Königl. u. städt. Bobbörden.  
Wirksamkeit wird nur verbürgt durch die Marke

**Tod u. Teufel**

**Cigarren I. großer Auswahl!**  
F. Ernst Borch, Berlin, Klauerstr. 21.

**Alkoholle Getränke**  
**Franz Abraham**  
Brauereibesitzer u. Hofbrauereibesitzer  
C. 36 Barlestr. 8a, Fernsp. Kgl. 13706

**Bäckereien, Conditoreien**  
R. Hauke, Straßener Str. 16.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 104

**Bäcker- u. Konditoreien**  
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16

**Bierbrauerei, Bierhandlung**  
**Brauerei Bützow**  
empfehlen  
**Qualitätsbiere**  
ersten Ranges.  
Kerr, Wolf, Wellw., Treptow.  
Hermann Meyer, Schreierstr. 11.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Erscheint 2 mal wöchentlich.  
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

**Better, Her, Kase**  
**Wilhelm Göbel**  
25 eigene Füllungen.

**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen 43

**August Holtz**  
18 Detail-Geschäfte.

**Bad-Anstalten**  
Frankella Anzogerstr. 23.  
Koppenstr. 53  
Diana-Bad Kottbusser-Damm 79.  
Passage-Bad Reform-Platz, Wiener Str. 65.

**Münchener Brauhaus**  
Berlin und Oranienburg  
**Trink Wanninger Bier!**

**Weissbier, C. Breithaupt,**  
Pallaadenerstr. 97 Tel. Kgl. 1081, 2032

**Essigfabriken**  
**Timmer-Essig**  
Eherall erhältlich

**Marmaschinen**  
Bellmann, B., Gellnowstr. 25  
Nähmaschinen

**Singer Nähmaschinen**  
Läden in allen Städten.

**Meierel C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21, Alt Moabit  
10113 u.  
Altoster und grüner.  
Milchwirtschaftlicher  
— Großbetrieb —

**Photogr. Koppert**  
100, Kottbusserstr. 1.  
auch Gellnowstr. 107

**Dipen u. Gusswaren**  
Lehmann, Ab. Franz, Altstr. 4  
Wein, Lohse, Füllungen

**W. G. G. G. G.**  
20 Füllungen in allen Städten.

**Horn, Wagner & Co., Ges.**  
ca. 500 Verkaufsstellen, Gr.-Berl.

**Der Gotteslästerer**  
Roman  
aus dem Leben der ergebirgischen Waldarbeiter  
von A. Ger.

Preis gebunden 2,— Mark!

Von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, und allen Ausgabestellen des Vorwärts oder durch die Post gegen Einzahlung von 2,— Mark und 20 Pf. Porto zu beziehen.

**Möbel auf Kredit**  
an jedermann.

• Kleinste Anzahlung. •  
• Größte Rücksicht. •  
• Bequemste Abzahlung.

Reichhaltiges Lager in ganzen Einrichtungen (Einzelne Stücke werden bereitwillig abgegeben.)  
Große Auswahl farbiger Küchen.

**M. Landwehr**  
Müllerstraße 7, I (Weddingplatz)  
Blauze Schilder beachten.

Kimmelf. 8—10 geöffnet.

**Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.**

Von Dr. G. G. G., W. B. G.

Aus dem Inhalt: Unsere Erwartungen im Weltkrieg und ihre Befriedigung durch die sozialdemokratische Weltanschauung. Was wir immer davon haben. Gründe der Sozialdemokratie den Krieg zu unterstützen. Die sozialdemokratische Schiedsfrage. Die soziale Lage der Arbeiter in den Weltkriegen. Die soziale Lage und die soziale Politik. Nation und Internationalität.

Preis 2 Mk. Porto 20 Pf.

Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 und in allen Ausgabestellen des Vorwärts.

**Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk**

Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnziehen mit Betäubg., Umarbeitg., Reparatur, sof. Bill. Preise, auch Teilz.

Zahn-Praxis **M. Löser**, Brunnenstr. 185,  
nahe Invalidenstr. Sprechz. tgl. 9-7, Sonntags 9-12 Uhr. Nord 11506

# Ärgern Sie sich nicht



Über Ihr Augenglas, es lohnt sich nicht. Sicher ist es manchmal zum Blasenwerden, wenn ein Scheiter die Augenblicke rutscht oder abfällt oder wenn er schief liegt, noch mehr aber, wenn Sie trotz Anstrengungen nicht deutlich sehen können, und dies letztere ist sogar schädlich, es macht Sie nervös. Aber ärgern Sie sich nicht! Kommen Sie vertrauensvoll zu uns, wir werden Sie zufrieden stellen, ja, wir müssen Sie sogar zufrieden stellen, denn wir garantieren Ihnen ausdrücklich Zufriedenheit, und wenn wir Ihnen Gläser und Fassung noch so oft umtauschen müssten, wir halten Wort, also überlassen Sie den Kerger mit Augengläsern ganz und gar uns. Wir sind darauf eingerichtet, Ihnen zu helfen!

**Kostenlos**  
prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 8.50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon gute Doubletten-Reiser oder Brillen (ohne Gläser) und dazu noch zwei Jahre Garantie, d. h. so lange alle Reparaturen umsonst, (selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornbrillen, Schildpatt und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen. Ein Paar stark gewölbte, punktuell abbildende Punktbrillen-Gläser kosten bei uns nur 6.— M. das Paar, aus Sanostop-Glas 8.— M.



Sind's die Augen, Geh' zu Ruhmke!

Verlangen Sie nach außerhalb  
kostenlos unsern Optometer  
zum Selbstbestimmen passender Gläser nach Veränderte.

## Optiker Ruhmke

**C. Spießmarkt,**  
Ecke Wall-Str.  
Niederendplatz,  
neben W. Singer

**W. Leipziger Str. 113,**  
Ecke Rauer-Str.  
Einf.-Str. 1, e. Dehnbauer-Str.

**N. Chaussee-Str. 72,**  
Innsalzen-Str. 164,  
Ecke Brunnen-Str.

**NW. Friedrich-Str. 150,**  
Ecke Dorotheen-Str.

**Friedenau:**  
Rheila-Str. 18, Ecke Rich-Str.  
gegenüber der Kaiser-Brücke

**Charlottenburg:**  
Lauenburger-Str. 15,  
Ecke Werburger-Str.

**SO. Oranien-Str. 44,**  
Ecke Oranien-Platz

**Friedrich-Str. 160,**  
Ecke Zauben-Str.

**Friedrich-Str. 106,**  
Ecke Siegel-Str.

**Schöneberg:**  
Haupt-Str. 21  
am Kaiser-Wilhelm-Platz

**Wilmersdorf:**  
Berliner Str. 132-3,  
e. h. Hiltbrand-Str.

Direktion Max Reinhardt.  
Deutsches Theater.  
7 Uhr: Don Carlos.  
Donnerstag: Othello.  
Kammerspiele.  
8 Uhr: Nannurun.  
Donnerstag: Nannurun.  
Volksbühne.  
Theater am Bülowplatz.  
Untergrund. Schönb. Tor.  
7 1/2 Uhr: Die Nichte.  
Donn. 8: Hanneles Nimmelfahrt.  
Theater des Westens  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Leopoldine Konstantin in  
**Die Tänzerin.**  
National-Theater.  
Theater in d. Copenicker Str.  
7 1/2 Uhr: Die ist richtig!  
Theater für Mittwoch, 8. Mai.  
Central-Theater  
Kommandantenstraße 57.  
7 1/2 Uhr: Die Constanze.  
Friedrich-Wilhelmst. Theater  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Der Waffenschmied.  
Kleines Theater  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
Komische Oper  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:  
Die Monden Mädels v. Lindenhof  
Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Dir. C. Meinhart — R. Bernauer.  
Theater in Königgrätzer Str.  
7 1/2 Uhr: Schwatzen u. der Fremde.  
Komödienhaus  
7 1/2 Uhr: Die Zarin.  
Berliner Theater  
7 1/2 Uhr: Blitzblauer Blut.  
Rose-Theater.  
7 1/2 Uhr:  
Wachtelzchen.  
Theater der Friedrichstadt.  
Ecke Friedrich- u. Linienstr.  
Nord. 8050. Täglich 7 1/2 Uhr:  
Familie Hannemann.  
Schwank in 3 Akten von  
Max Reinhardt u. O. Schwarz.  
Hans Junkermann, v. Möllendorff  
Alice Törnig, Richard Georg.  
Neues Operettenhaus  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.  
Residenz-Theater  
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.  
Schiller-Theater O  
7 1/2 Uhr: Der letzte Funke.  
Schiller-Th. Charl.  
7 1/2 Uhr: Der Veilchenpfeffer.  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Unter der hilfbenden Linde  
Theater am Nollendorffplatz  
8 1/2 Uhr: Endia.  
7 Uhr:  
Liederkreis

**Sportpark Treptow**  
Himmelfahrt, nachmittags 4 Uhr  
466 L.  
**Maien-Preis**  
Rütt, Lorenz, Schrage, Tadewald, Wegener usw.  
**Preis von Lankwitz / Preis von Döberitz**  
Stellbrink Pawke Bauer Krupkat  
Wiewerall Przyrembel Wittig Hoffmann

**Varieté und Lichtspiel-Theater**  
**Schloßbrauerei Schöneberg**  
Hauptstr. 122-123, Direktion: Ernst Krämer und James Meyer.  
Jeden Freitag vollständig neues Programm!  
**Gr. Eröffnungs-Vorstellung 9. Mai**  
Anfang Himmelfahrt und Sonntags 4 Uhr, Wochentags 6 Uhr.  
**Doppel-Konzert \* Varieté \* Lichtspiele**  
Täglich Vorstellungen in neu renovierten Theater-Prachtssaal, bei  
schönem Wetter im ca. 6000 Personen fassenden herrlichen Naturgarten.

**Admiralspalast.**  
Novität  
Die Prinzessin von Tragant  
Sajdah Deutsche Tänze  
7 1/2 Uhr. 2. 3. 4. 5. 6. 8. M.

**Lichtheil-**  
Anstalt W 35, Sturfürststr. 149  
ärztlich geleitet.  
Künstl. Höhensonne etc.  
Nachweisbar größte Erfolge  
bei Nerven-, Magen-, Lungen-,  
Haut-, Herzleiden, Rheuma,  
Nierenleiden, Schwäche-  
zustände usw. Preis 3 Guld.  
Sehrt. 10-2, 4-7. 24 St. St. Preise.

**Kostüme,**  
**Regenmäntel**  
imprägniert.  
**Röcke**  
**Wintermäntel,**  
nur aus allerbesten Stoffen  
gibt jetzt auch an Privats  
Bliski, Damenmantelfabrik, 30,  
Hof Erdgasse 30.

**Murinos Glib**  
Zur Ausheilung aller scharfen  
und krassen Stoffe aus Blut und  
Näusen, gegen Bluterkrankung,  
Blutandrang, rotes Gesicht,  
Heutenreißigkeiten ist mein  
**Blutreinigungspulver**  
Salaria seit über 25 Jahren  
wirksam erprobt. Schachtel M.  
2,00, Abl. 3 Sch. 5,50. Otto  
Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

**Rat und Auskunft**  
in Dienstboten-  
angelegenheiten  
Suchende werden 1/4 ver-  
trauensvoll an den  
Verband der Hausangestellten,  
Berlin SO 16, Engelstr. 21 III.  
Geöffnet von 9-5 Uhr.

Der „**Hias**“ ein feld-  
graues Spiel  
Täglich 7 1/2 Uhr abends  
Heute nachm. 3 1/2 Uhr  
**Familien- u. Schüler-Vorstellung**  
zu kleinen Preisen  
**Palast-Theater am Zoo**

**Zungen-**  
und Halskrankheiten. Verlangen Sie  
kostenlos belebende Broschüre über  
Heilmittel ohne Verabreichung.  
Vergl. Heilmittel „Sanavita“, vorm  
Sanitätsrat Dr. Weise u. Ambul.  
Berlin 117, Potsdamer Str. 123b II

**Möbel-Gross**  
Im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141  
Im Norden: Invalidenstraße 5, Eingang  
Ackersstraße  
**Möbel auf Teilzahlung**  
und Bar  
zu bekannt billigen Preisen  
bei kleinster An- u. Abzahlung.  
**Einzel-Möbel jeder Art.**  
**Bunte Küchen.**  
**1- u. 2-Stuben-Einrichtungen** in großer  
Auswahl.  
**Möbel wenig durch Feuer**  
beschädigt, zu enorm billigen Preisen.  
Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.  
Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt.  
Himmelfahrt 8-10 geöffnet.

**Bekanntmachung.**  
**Sauerkraut.**  
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom  
18. Oktober 1916 wird für den Gemeindegast Berlin bestimmt:  
I. Auf Abschnitt A der neu ausgegebenen Berliner Be-  
zugskarte enthält ein halbes Pfund Weißkohlsauerkraut.  
Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt pro Pfund  
0.25 M. Eine Ueberschreitung des Höchstpreises ist  
strafbar.  
II. Der Abschnitt A der neuen Berliner Bezugskarte ist nur  
in den durch ein Ausschreibungsgeld:  
**„Verkauf von Weißkohlsauerkraut**  
**auf Berliner Bezugskarten“**  
gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbekundung  
abzuliefern, und zwar am 8., 10. und 11. Mai 1918.  
Nachträgliche Anmeldungen finden nicht statt.  
Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften ab-  
zugeben, in denen nicht das vom Magistrat aus-  
gegebene Ausschreibungsgeld angebracht ist. Geschäften, die  
nicht im Besitze des Ausschreibungsgeldes sind, ist die An-  
nahme von Kartenabschnitten verboten.  
III. Die Kleinhandelskarte ist haben die von ihnen angenom-  
menen Kartenabschnitte an einen der ihnen bekannt ge-  
gebenen Großhändler bis zum 13. Mai einschließlich  
abzuliefern. Jeder Kleinhandeler muß, sobald die  
Ware zur Stelle ist, den Verkauf beginnen und  
den Verkaufsbeginn durch Anschlag anzeigen.  
Berlin, den 7. Mai 1918.  
Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.  
Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung.  
Runde.  
Geleiten: 87, Marmeladen- und  
Konservenabteilung.

Gegen bar  
und  
**Auf Teilzahlung**  
zu günstigen Zahlungsbedingungen  
empfehle ich in grosser Auswahl  
Vornehme  
**DAMEN-KLEIDUNG**  
Kostüme in Woll, Seide u. Taffet  
Seidenkleider Mantelkleider  
Taffet- u. Moiréjacken, neueste  
Stusen in Seide, Crepe de Chine u. Vellu  
Seid. Mäntel in allen Größen  
Kostüm-Röcke in Taffet u.  
Reinwollene Chaussetts  
**Damen-Hüte**  
schr. preiswert  
Sonntag von 12-6 geöffnet.  
Achten Sie auf meine seit 25 Jah-  
ren bestehende Firma u. prägen  
Sie sich die nachfolgenden  
**4 Adressen**  
genau ein.  
Besichtigung ohne Kaufzwang.  
Norden: Brunnenstrasse 1  
Osten: Frankfurter Allee 350  
Süden: Kottbuser Damm 103  
Westen: Charlottenburg, Scherrenstr. 5

**B.FEDER**  
Soeben erschien:  
**Sozialdemokratie und Staatsbürgerl. Erziehung**  
oder Staatsbürger, Weltbürger und Mensch  
von Nationalrat Robert Seidel  
Privatdozent an der Universität Jena  
Der Verfasser sagt in seinem Vorwort u. a. ... Die vorliegende  
Schrift befaßt sich nicht nur mit der Erziehung eines einzelnen  
Menschen, sondern mit der Erziehung einer ganzen Nation in unserer  
Zeit, aber sie führt sich in diesem Kampfe immer und  
überall auf die Geschichte, auf die Geschichte ...  
Preis 1 Mark 5.—  
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3 (Laden)

**Möbel-Angebot.**  
Solche Möbelfirma liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-  
Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Voraus-  
zahlung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen  
Ratenzahlungen. Offerten W. I an die Exped. d. „Bor.“  
keine Kasse.

**WINTERGARTEN**  
Paul Göbel  
der Urkomische  
**Chester Dieck**  
Exotischer Radfahrakt  
**„Durga“**  
das liegende Piano  
sowie der  
große  
**Mai-Spielplan!**

**Apollo-**  
Theater  
Friedrichstr. 215  
7 1/2 Uhr: Paul  
**Seekers**  
Deutschlands  
bester Komiker  
sowie 12 erste  
Variété-Attraktionen  
Sonntag 8 1/2 Uhr jeder  
Erwachs. 1 Kind frei!

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Donauknechtchen.**

**Trianon-Theater**  
7 1/2 Uhr: am Hof, Friedrichstr. 7, 5  
Tel.: Zentrum 4927 und 3301.  
**Der Lebensschüler**  
Komödie von Ludwig Fulda.  
Joh. Wüst, Erich Kaiser-Fitz,  
Paul Rildt, Flink, Kottner.  
Str. 4 U. kl. Pr.: Hedda Gabler.

**Busch**  
Mittwoch, 9. Mai, ab 7 1/2 Uhr:  
Jubiläum 50. Aufüh-  
rung  
der beliebtesten  
Ausstattungs-Pantomime  
**„Frühlingsspiele“**  
in 4 Akten  
mit den lustigen  
Wasser-Szenen:  
Solotanz d. kl. Jenny Borek  
die beste und jüngste  
Spitzen tänzerin der Gegen-  
wart!  
Die Wandervogel  
und das  
Mädchenpensionat.  
D. allerbeste Kinderballer.  
Vorh.: Das neue Mai-Prgr.  
u. a.:  
D. Wunderhund Hobby,  
rechnet und liest!  
Himmelfahrt, 9. Mai, und  
Sonnt. 2. Vorst. 3 1/2 u. 7 1/2  
u. d. „Frühlingsspiele“  
u. d. neue Programm.  
Nachmittags:  
1. ang.-Kind Sitpl. frei!  
Vorverk. tägl. ab 10 Uhr  
I. Sonnabend. u. Sonntag  
bereits ab Donnerstag.

**Casino-Theater**  
Vothringer Str. 57. Tägl. 7 1/2 u. 8 1/2  
Letzter Monat der Spielzeit.  
Das neue große Hauptprogramm.  
Erstklassige Spezialitäten  
bieten das bessere Familienbild  
**Mama's Traum.**  
Sonntag 4 Uhr: Malen zauber.

**Reichshallen-Theater.**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Stettiner Sänger.**  
Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr:  
Großes Blühgen-Konzert.

# Die Ukrainepolitik im Hauptauschuß.

Der Ausschuß hat vor einiger Zeit verlangt, daß ihm die Aufklärungsschriften vorgelegt werden, die in der Armee des Feldmarschalls v. Eichhorn zum Dienstgebrauch benutzt werden. In der gestrigen Sitzung erklärte nun Kriegsminister v. Stein: Ich habe gestern jedem der Herren Abgeordneten des Reichstages ein Exemplar des Buches 7 der Aufklärungsschriften: „Unser Vaterland“ übergeben lassen. Keine Stellungnahme diesem Dekt gegenüber hat sich nicht geändert. Ich lehne es ab.

es ist unverantwortlich.

Die Oberste Heeresleitung ist der gleichen Ansicht. Wir wollen nicht, daß der politische Kampf in das Heer hineingetragen wird. Am allgemeinen geht die Verlegung des Heeres mit Unrichtigkeit von einer Seite in die andere, aber auch die Armeekorpskommandos stellen gelegentlich derartige Material auf. Ich habe die ganze Sachverhalte darzulegen. Seit 7 und einige andere Dekt sind eingegeben, und es sind Vorkehrungen getroffen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen.

Aus der Mitte des Ausschusses heraus wurde die Vorlegung der ganzen Schriftreihe gefordert. Abg. Scheidemann wollte sei, daß der Kriegsminister das Dekt 7 glatt abschüttelt, man müßte aber auch wissen, wer der Verfasser dieser Schriften sei, insbesondere ob er sich auch bereits im Felde betätigt habe. — Die Abg. Gräbe, Gröber und Gasse waren sich einig in der Beurteilung der Tendenz dieser Schriften. — Abg. Nolde fügte noch hinzu, daß diese Schriften auch in Mengen unter die Truppen verteilt worden sind. Der Verfasser des Dekt 7 ist ein Professor in Düsseldorf. — Der Kriegsminister versichert, es sei Vorkehrung getroffen, daß sich Dekt nicht wiederhole. Auf den vaterländischen Unterricht im Heere könne man nicht verzichten.

Der Ausschuß wandte sich dann wieder dem eigentlichen Gegenstand der Beratung zu.

Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche kommt kurz auf die gestern vom Professor von Camp gestellte Frage zurück, ob für den russischen Vertreter hier

## ein Allerschärfstes Agrément

erteilt worden sei. Das sei nicht der Fall. Herr Hoffe sei lediglich mit einer Urkunde angefallen, durch welche er bei der Regierung als bevollmächtigter Vertreter (Botshofier) der russischen Republik eingeführt wird.

Abg. Graf Westarp hat für diese Auffassung kein Verständnis.

— Die Aussprache ist anders gelaufen als man dachte, es ist keine Anfrage gegen die militärischen Stellen daraus geworden. Ergrübler und Scheidemann haben mit Informationen gearbeitet, die offenbar partiell gefälscht waren. Die ukrainische Regierung hat uns nun Schutz geboten, den wir gewährt haben. Das rechtfertigt die militärischen Maßnahmen, die nur darauf gerichtet sind, unsere Vaterlandssicherung sicherzustellen. Der Selbstbestimmungsbesatz hatte nur die Aufgabe, den Aufbau zu sichern, der jetzt in der Dekt 7 liegt. Ein festes Zugreifen war nötig, weil sonst die ukrainische Regierung ihre Pflicht nicht erfüllt hätte. Die deutsche Militärverwaltung dürfte auch nicht vor den Ministern Halt machen. Am besten ist es, sich mit der neuen Regierung auf einen guten Fuß zu stellen. Ob diese Regierung großrussisch orientiert ist, bleibt abzuwarten. Unsere Aufgabe kann nicht sein, etwa zu verhindern, daß ein Zusammenschluß zwischen Großrußland und der Ukraine sich vorbereitete. Darin liegt für Deutschland keine Gefahr. Die politische Leistung des Reiches darf nicht allein entscheidend sein, lediglich ein Einverständnis mit den militärischen Stellen ist erwünscht. Auf unser Verhältnis zu den Randstaaten übergehend, meint der Redner, daß man diese Staaten sich nicht selbst überlassen dürfe. Diese Länder erstrecken den Anschluß an Deutschland und darin müssen wir sie unterstützen. Die ganze Kritik an den militärischen Stellen war unangebracht. Wenn der Kanzler und sein Vertreter innerlich mit dieser Politik nicht einverstanden sind, wie Abg. Scheidemann das behauptet hat, dann sei das ein völlig unhaltbarer Zustand. Die Regierung darf nicht das ausführende Organ der Reichstagsmehrheit sein, das widerspricht der Verfassung; der Kanzler muß

## auf das maßgebende Urteil der militärischen Stellen

Rücksicht nehmen. Die Mehrheit des Reichstags ist offenbar einen ganz unzulässigen Einfluß auf die Regierung aus. Mit einer Kritik, wie sie hier geübt wird, nehme man dem Volke die Freude an den letzten Siegen und erschlächtere den Siegeswillen.

Bislangler v. Bayer bedauert, daß Staatssekretär v. Kühlmann an den Verhandlungen nicht teilnehmen kann. Im Mittelpunkt der Beratungen hat das Verlangen gestanden, daß unsere gesamte Ostpolitik einheitlich geregelt werden müßte. Aus diesem Gedanken heraus wurde auch der Rücktritt des Kommissars für die Ostgebiete sehr bedauert, da er als eine Art Repräsentant dieses Einheitsgedankens anzusehen gewesen sei. Das ist irrig. Mit Polen hat dieser Kommissar überhaupt nie etwas zu tun. Im übrigen hat sich herausgestellt, daß eine eigene Stelle, nicht bloß ein persönlicher Kommissar des Reichskanzlers geschaffen werden muß, um die Randstaaten in geordnete Regierungs- und Verwaltungszustände zu überleiten. Deshalb soll eine Stelle errichtet werden, die an eine bestehende Reichsstelle angegliedert oder ihr eingegliedert wird. Die Beratungen über die neue Organisation werden in der nächsten Zeit vollständig abgeschlossen werden können.

Das Ziel unserer

## Politik gegenüber den Randvölkern

ist, in Zukunft mit ihnen in Frieden und Freundschaft zu leben. Namentlich hoffen wir Vorteile bezüglich der Sicherstellung unserer Ernährung und dessen, was man unter dem allgemeinen Namen Kolonisation zusammenfassen kann. Der Anschluß dieser Staaten soll und muß eine militärische Sicherung unserer Grenzen Rußland gegenüber verschaffen, auf die wir nicht verzichten können. Auch über den Weg, den eine einheitliche Ostpolitik einschlagen hat, besteht zwischen dem Reichstag und uns Übereinstimmung. Es ist der Weg der Verständigung mit diesen Staaten, nicht der Weg der Verwaltung. Die Dinge in den einzelnen Staaten liegen aber verschieden, das es unmöglich ist, alle gleichmäßig zu behandeln. Man muß die Besonderheiten der Verhältnisse berücksichtigen. Ueber Polen z. B. können Deutschland und Polen nicht allein entscheiden, da hat auch Österreich-Ungarn mitzureden. Ähnlich liegt es bei der Ukraine. Daraus ergibt sich, daß für jedes dieser Völker notgedrungen eine eigene Politik betrieben werden muß. Wir freuen uns, durch

## unser Einschreiten Finnland

keine Unabhängigkeit und Freiheit gesichert zu haben, aber der eigentliche Grundgedanke unseres Einschreitens ist gewesen, im Norden in militärischer wie in politischer Hinsicht einen endgültigen Friedenszustand zu schaffen. Das war bis dahin leider nicht der Fall. Von Rußland aus wurden, ob mit oder ohne Willen der russischen Regierung, die Bahnhöfe, die Eisenbahnen, die Mannschaften nach Finnland zur Unterstützung der russischen Heereskräfte geschickt. Schließlich hat sogar der Vorgesetzte des russischen Konsulats in der Regierung Finnlands den Krieg erklärt. Diese Kriegserklärung, mag sie nun mit oder ohne Wissen und Willen der Petersburger Machthaber erfolgt sein, stand keineswegs bloß auf dem Papier. Woher kämen denn sonst die Gefechte, die Maschinengewehre, die Panzerzüge und Panzerautomobile und die ungescherten Mengen von Waffen und Munition, die von unseren Truppen in Finnland erbeutet worden sind? So ist jetzt erst wieder nach den Verichten unseres Gesandten in Finnland in Rauma der ganze Stab des 42. russischen Armeekorps, 20 Offiziere, gefangen genommen. Das beweist, daß es sich

nicht um eine Einmischung in innere finnische Angelegenheiten handelt, sondern um einen Kampf Rußlands mit Hilfe der finnischen Anarchisten, Finnland seiner Freiheit zu berauben. Das ist sogar von sozialistischer Seite ausdrücklich anerkannt worden.

Wir sind von der rechtmäßigen finnischen Regierung um unseren Einmarsch gebeten worden. Diese Regierung ist von dem im Februar 1917 gewählten Landtag mit 100 gegen 80 Stimmen eingesezt worden, und dieser Landtag ist gewählt nach dem freiesten Wahlrecht der Welt. Wir haben durch unser Eingreifen nur die politische und militärische Sicherheit und den Frieden an der Ostsee erlangen wollen und freuen uns, feststellen zu können, daß uns dies bis zu einem gewissen Grade, und zwar ziemlich weitgehend, gelungen ist. Durch die Befreiung Finnlands glauben wir auch Schweden einen sehr erheblichen Dienst durch die Schaffung eines Schutzwalles nach Osten geleistet zu haben. Nach unseren bisherigen Erfolgen werden wir erstensicherweise die finnische Expedition bald als im wesentlichen abgeschlossen betrachten können. Was

## Estland und Livland

anbetrifft, kann ich mich im wesentlichen auf die Erklärung des Reichskanzlers beziehen, die er im Großen Hauptquartier namens des Kaisers der estländischen und livländischen Deputation abgegeben hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Artum entgegenstellen, als hätten wir den rechtmäßigen estnischen Landtag gesprengt. Dieser alle estnische Landtag muß keine große innere Autonomie gehabt haben, denn er ist überhaupt nur einen einzigen Tag aktiv gewesen und war schon nicht mehr im Amt zu der Zeit, wo wir das Land betreten hatten.

Auch in Litauen müssen wir dasselbe Ziel wie in den anderen Ländern verfolgen. Die Litauer müssen sich eine eigene Verwaltung und eine eigene Regierung schaffen. Wir können sie hierbei unterstützen mit dem einen Vorbehalt, daß diese Selbstständigkeit sich innerhalb des Rahmens der mit der deutschen Regierung getroffenen oder noch zu treffenden Abmachungen hält. Der Aufbau der Verwaltung dieses Landes kann nur im Einverständnis zwischen der deutschen Zivilverwaltung und der deutschen Militärmacht erfolgen, so wie die Dinge zurzeit liegen. Wir müssen aber die Männer ansuchen, die dieser schweren Aufgabe gewachsen sind, und diese Leute müssen in Organisationen des Reiches eingeschaltet werden, oder wir müssen neue Organisationen hierfür schaffen.

Nun noch zur Ukraine. Ich bedauere, daß wir unsere Verhandlungen nicht erst in der nächsten Woche halten können, da wohl dann unbestrittene Nachrichten vorgelegt hätten, wodurch uns vornehmlich viel Mühe und Kampf erspart geblieben wäre. Wir müssen auf der Wichtigkeit unserer Information bestehen. Sie aber weisen, was mit ihren Gedankengängen nicht übereinstimmt oder von ihren Nachrichten abweicht, mit einer Handbewegung oder einem Kopfnicken zurück. Damit bildet man keine geeignete Grundlage für die Besprechung. Man muß erst warten, bis tatsächliches Material vorliegt. Welche Aufregung entstand zunächst über den

## Selbstbestimmungsbesatz des Generals von Gischorn,

als er zunächst in solchem Wortlaut bekannt wurde, und wer wird heute noch ernstlich bestreiten, daß irgendeine Einmischung auf die Regierung und die Bevölkerung im Sinne des Reiches unbedingt notwendig war, um zu erreichen, daß wir das uns vertragmäßig zugesicherte Getreide bekämen. Im übrigen habe ich mich gewundert, daß man bezüglich der Durchführung der Maßnahmen in der Ukraine dem Vertrauensmann des Reichstags, dem General Groener, gegenüber nicht das frühere Vertrauen beibehalten hat. Österreich-Ungarn und Deutschland gehen in der Ukraine einig. Daß in einzelnen Fällen gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen werden, läßt sich nicht vermeiden. Es ist aber bereits als falsch erwiesen, daß wir bei den Getreidebefreiungen zu kurz gekommen sind. Eine nachträgliche Prüfung hat ergeben, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruht. Wir sind damit vollkommen einverstanden, daß wir uns in die innere Verhältnisse der Ukraine nicht einmischen sollen. Das findet aber selbstverständlich seine Grenze einmal in dem Zwecke des Einrückens in die Ukraine, der Herstellung der Ordnung, und dann in der Rücksicht auf unsere Truppen. Für uns ist die Frage, ob die Getreidebefreiungen ordnungsmäßig und vertragsmäßig zur Ausführung kommen, praktisch viel wichtiger als die Frage, wer legitimer Herrscher in der Ukraine ist oder welche Lösung schließlich die Grundfrage in der Ukraine finden wird.

Was den Regierungswechsel in der Ukraine anlangt, so steht noch keineswegs fest, ob er etwa als ein Unglück zu betrachten ist. Bedenken Sie doch die Verhältnisse der Ukraine in den letzten Wochen, welche jämmerliche politische und wirtschaftliche Zustände und welche Unsicherheit dort herrschte. Die Regierung war gegenüber diesen schrecklichen Zuständen taten- und hilflos, und das ist schließlich auch bei ihrer Zusammensetzung aus zum Teil jungen und unerfahrenen Leuten auch kein Wunder. Vielmehr müßte man sich eigentlich darüber wundern, daß das Volk diese Zustände überhaupt solange ertragen hat.

Wie die Verhältnisse in der Ukraine liegen, ist eine militärische Verwaltung dort gar nicht zu entfehlen. Ich erinnere mir an die Kämpfe, die gegenwärtig noch in der Ukraine mit den Truppen in den Nachbarländern ausgefochten werden. Wir dürfen uns aber nicht jetzt in einen Kompetenzstreit zwischen der Militärverwaltung und der Zivilverwaltung in der Ukraine verwickeln. Es sind zu viele praktische Aufgaben, die dort noch der Lösung harren, und da freue ich mich, feststellen zu können, daß zwischen unserem politischen Vertreter in der Ukraine und dem Feldmarschall von Eichhorn und seinem Generalsbefehlshaber ein durchaus gutes Einverständnis besteht.

## Zum Schluß wende ich mich noch kurz zu der Frage der Teilung der Gewalt zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung.

Wenn es nach den temperamentvollen Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann ginge, dann hätten wir schon alle unsere Demission geben müssen. Ich glaube, das wäre auch für den Abgeordneten Scheidemann und seine Freunde nicht gerade die erfreulichste Lösung gewesen. Wir haben uns aber einfach auf den Boden unseres Pflichtgefühls und unseres Verantwortungsgefühls gestellt. Nur dieser Gedanke ist für uns auch immer maßgebend gewesen, wenn es sich um das Zusammenarbeiten zwischen uns und der Obersten Heeresleitung handelt. Ich kann nur sagen, daß, seit ich im Amt bin, noch nie ein Wunsch den Verlust gemacht hat, uns in der Besichtigung dieses Pflicht- und Verantwortungsgefühls irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Ich glaube: Sie können es uns getrost selbst überlassen, die Zuständigkeit der Reichsleitung zu wahren.

Abg. Gasse: Herr Hoffe ist bei der deutschen Regierung begünstigt, mehr bedarf es nicht. Für die Situation ist es bezeichnend, daß Graf Westarp mit der Ostpolitik einverstanden ist. Der Weg, den man im Osten einschlagen hat, führt nicht zu einem freundschaftlichen Verhältnis. Nie hat die Regierung den Weg der Verständigung gesucht, sie hat stets den Weg der Gewalt bestritten. Die Behauptung, daß wir Finnland befreien müßten, ist ein plumper Täuschungsversuch. Wir hatten dort keine Feinde, aber wir haben dort die Bauern und Arbeiter niedergeworfen, zum Nutzen der Bourgeoisie. Immer wieder mischen wir uns in die Verhältnisse anderer Staaten ein. In Estland stellt man Deputationen zusammen, die im Gegensatz zum Willen des Volkes den Anschluß an Deutschland fordern. Der estnische Landtag bestand zu Recht, man hat ihn einfach ausgeschaltet. In Estland herrschte Ordnung, bis unsere Truppen dort einrückten. Dann wurde die Presse unterdrückt und die staatsbürgerliche Freiheit aufge-

hoben. Das auswärtige Amt hat ausdrücklich erklärt, Estland und Livland gehören jenseits der gezogenen Grenze zu Rußland. Der Kanzler aber erklärt, daß man die Trennung dieser Gebiete unterstützen wolle. Das absprechende Urteil über die gestrige Regierung der Ukraine ist um so merkwürdiger, als die deutsche Regierung

## mit diesen „unfähigen“ Leuten Frieden geschlossen,

ja sie erst in ihre Stellen eingesezt hat. Das ist eine Politik der Hinterhältigkeit. Welch ein Zustand, daß die Regierung erklärt, sie habe noch keine zuverlässigen Nachrichten aus der Ukraine! Die Rada will den landarmen Bauern Land geben, und ein deutscher Reaktionsär, wie Herr v. Braun, gibt der Rada den Mal, den Bauern das Land zu verkaufen, um sie von vornherein in Schuldschuldenschaft zu bringen. Die neue Regierung arbeitet nach diesem Rezept. Der deutsche Oberbefehlshaber hatte kein Recht, den Selbstbestimmungsbesatz zu erschaffen, damit mußte die Regierung in Rücksicht gebracht werden. Will man etwa jetzt den Bauern das Getreide mit Gewalt wegnehmen? Mit Gewalt ist man in die Rada eingedrungen und hat sie nach Odenburgischem Muster behandelt. Ganz im Gegenteil zum Ansprechen der Oesterreicher hat das Ansprechen unserer Militärs alle Welt vor den Kopf gestoßen. Die Bauernversammlung war eigentlich eine Versammlung der Großgrundbesitzer. Das deutsche Volk wird systematisch im Unklaren darüber gehalten, daß in der Ukraine ein Mangel an Lebensmitteln besteht. Die rote Garde in der Ukraine hat in umfassender Weise nicht nur das Volk, sondern auch für die deutschen Kriegsgefangenen gesorgt. Wie die Kofaken gehandelt haben, das weiß man, und nun stellt man einen Kofakenhauptmann an die Spitze der Ukraine.

General v. Wisberg nimmt in erregtem Tone die oberste Heeresleitung gegen die Bemerkungen des Vordemners in Schutz.

Abg. Ostlein: Von wirklichen Grenzsicherungen könne man in einer Zeit nicht mehr reden, wo die Kanonen 120 Kilometer weit schießen. Das Ziel, das die Regierung sich im Osten gesetzt hat, kann man in der jetzt beliebigen Art nicht erreichen. Die finnischen Truppen haben

## die russische Grenze überschritten,

in der Absicht, den Russen den letzten eisfreien Hafen wegzunehmen. Diese Abwärtung vom Weltverkehr kann sich Rußland nicht gefallen lassen, das bedeutet einen neuen Krieg mit Rußland. Wir haben ein Interesse daran, Rußland lebensfähig zu erhalten, sonst kommen wir im Osten nicht zu erträglichen Verhältnissen. Redner hat lebhaftes Bedenken gegen die Antwort, die der Kanzler der estnischen Deputation gab, die eigentlich nur eine Vertretung der Ritterschaft war. Die Fortschrittler wünschen nicht, die Randstaaten sich selbst zu überlassen, sie sind nur der Ansicht, daß wir uns nicht auf alle Zeit dort binden dürfen. Tatsache ist, daß die Militärs in den östlichen Randstaaten unumschränkt herrschen. Der Reichstag und das deutsche Volk sind seit Jahren über die Zustände in diesen Gebieten irreführend worden. Was als öffentliche Meinung in Litauen ausgegeben wird, ist eigentlich nur die Meinung der Militärs. Vertreter dieses Volkes läßt man nicht nach Berlin und den Reichstagsabgeordneten gestattet man nicht diese Gebiete zu besuchen. Der Reichskanzler war heute in der Rolle des Official-Verteidigers eines Systems, mit dem die Mehrheit des Volkes nicht einverstanden sein kann. Die ukrainischen Bauernversammlungen, die zu ihrer Aktion

## durch militärische Stellen aufgeklafft

worden sind, bestanden aus Leuten, die wir in Deutschland als Russen-Bauern nennen. Auf dem jetzt eingeschlagenen Wege werden wir nicht zu dem erforderlichen Getreide kommen. Die jetzt in der Ukraine herrschenden Kofaken mit ihrem General an der Spitze sind die Frontiere für das Wiedererlangen des Friedens. Die Bestimmung des Eintritts der Reaktion widerstrebt direkt dem deutschen Interesse. Unsere Generale haben bei aller Fähigkeit eben keine diplomatische Ader; wo sie hinkommen, zerstören sie jede Sympathie, die wir bisher noch gehabt haben.

Die Verhandlungen werden auf Mittwoch verlegt.

## Ein Hoch- und Landesverratsprozeß vor dem Reichsgericht.

Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts beendete nach sechstägiger Verhandlung einen Hoch- und Landesverratsprozeß gegen 12 Personen aus der Dresdener Gegend, welche als Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie verschiedene Flugblätter verbreitet hatten. Die Angeklagten wurden verurteilt zu Zuchthausstrafen bis zu 8 Jahren und zu Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren 6 Monaten. Im einzelnen wurden verurteilt: 1. die Kontoristin Bella Heiler aus Döhlen, 23 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats in zwei Fällen und Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot in zwei Fällen zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus; 2. die Fabrikarbeiterin Margarete Hahn aus Birkigt, 19 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats und 3. die Fabrikarbeiterin Gertrud Geubitz aus Zanderode, 20 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats und Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu je 1 Jahre 3 Monaten Gefängnis; 4. die Arbeiterin Marie Griesbach aus Dresden, 21 Jahre alt, wegen Aufforderung zum Hochverrat, wegen versuchten Landesverrats und Aufforderung zum Massenkampf und zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot in zwei Fällen zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; 5. die Bibliothekarin Margarete Bern, 30 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis; 6. der Steinbruderlehrling Kurt Schäfer aus Dresden, 17 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat zu 8 Monaten Gefängnis; 7. der Buchhalter Willi Richter aus Dresden, 23 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis; 8. der Zeichnerlehrling Arno Gruhl aus Dresden-Cotta, 17 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats usw. zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis; 9. der Buchdrucker Maximilian Hünic aus Dresden, 66 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat in zwei Fällen sowie Aufforderung zum Massenkampf und Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; 10. die Kautschekfrau Minna Raumann aus Dresden, 36 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus; 11. der Kaufmann Erich Lewinsohn aus Dresden, 26 Jahre alt, wegen Aufforderung zum Hochverrat, wegen versuchten Landesverrats sowie Aufforderung zum Massenkampf und Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust; 12. der Klavierbauerlehrling Max Schotola aus Deuben, 16 Jahre alt, österröcher Staatsangehöriger, wegen versuchten Landesverrats zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis. — Die Angeklagten waren Mitglieder des sozialdemokratischen Jugend-Bildungsvereins für Dresden und Umgebung oder standen zu ihm in Beziehung. Nach Ausbruch des Krieges trat eine Spaltung ein, und es bildete sich später unter den unabhängigen Sozialdemokraten des Vereins eine besondere Kampforganisation, in deren Hintergrund die Angeklagten Heiler und Lewinsohn standen.

Von den übrigen Angeklagten waren die meisten in Vorstandsämtern usw. tätig. Der stellvertretende General des 12. Armeekorps hatte verboten, Druckschriften ohne Genehmigung des Verlegers und Druckers zu verbreiten. Gleichwohl haben die Angeklagten im Sommer 1917 eine Anzahl von Schriften ohne jede Bezeichnung verbreitet. In der Urteilsbegleitung wurden als solche Schriften aufgeführt: Der Stürmer, Spartacus, Jugendruf. Das Gericht hat festgestellt, daß in einzelnen dieser Schriften, die zum Teil in großen Mengen verbreitet wurden, die Aufforderung zum gewalttätigen Umsturz des Deutschen Reiches und zur Benachteiligung der Kriegsmacht des Reiches enthalten ist, insbesondere wird darin zu einem allgemeinen Streik am 2. und 3. September 1917 zur Befreiung des Kriegsendes aufgefordert, ferner wird darin zu Gewalttätigkeiten gegen gewisse Bevölkerungsklassen und zum Aufruhr gegen die Vorschriften über die Wehrpflicht aufgefordert. Die Verbreitung der Schriften hat nicht nur durch Verteilung und Verkauf, sondern auch durch Anheften an Plakatsäulen und Häuser stattgefunden. Widernde Kaufleute wurden den Angeklagten nicht bewilligt.

## Abgeordnetenhaus.

### Die gescheiterte Verständigung — Was nun?

Die zweite Lesung der Verfassungsvorlagen ist beendet, ohne daß es zu einer Verständigung zwischen Mehrheit des Abgeordnetenhauses und Regierung gekommen wäre. Ja, wie die Dinge augenblicklich liegen, kann man sagen, daß die Aussichten auf eine Lösung der Wahlrechtsfrage sich als zu düster erweisen. Zwar ist die Regierung den Gegnern des gleichen Wahlrechts bis an die äußerste Grenze entgegengekommen, sie hat sich sogar bereit erklärt, auf dem Boden der Sicherheitsanträge zu treten. Aber der Liebe Mühe war vergebens. Nicht nur die Linke, gegen die sich die Sicherheitsanträge richten, stimmte dagegen, sondern auch die Rechte, und da zum Ueberflus die Nationalliberalen sich noch zu keiner klaren Stellungnahme durchgerungen haben, blieb das Zentrum schließlich ganz vereinsamt. Wie gefährlich die Sicherungen sind und wie sehr die Politik des Zentrums zu verurteilen ist, das zeigte Genosse Hirsch in seiner den Vätern der Anträge offenbar recht unangenehmen Rede. Auch von den von der Linken gestellten Verbesserungsanträgen fand keiner Gnade vor den Augen der Mehrheit. Im großen ganzen ist die Vorlage gegenüber den Kommissionsbeschlüssen unverändert geblieben, und das Unannehmliche der Regierung besteht nach wie vor.

Daß sie sich unter solchen Umständen nicht zu einer sofortigen Auflösung des Landtags entschlossen hat, ist ein schwerer Fehler. Worauf wartet sie noch? Glaubt sie, daß zwischen zweiter und dritter Lesung noch ein Wunder geschieht? Oder setzt sie ihre Hoffnung gar auf das Herrenhaus? Völlige Klarheit über ihre Absichten wird vielleicht noch nicht einmal die dritte Lesung bringen, für deren Beginn der Montag nächster Woche in Aussicht genommen ist. Die Zwischenzeit soll mit der Erledigung kleinerer Vorlagen und der weiteren Staatsberatung ausgefüllt werden.

## Eine Berichtigung des Kriegspresseamtes.

Zu der Notiz „Die unzuständige Oberzensurstelle“ sendet uns das Kriegspresseamt unter ausdrücklicher Berufung auf § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung, verbunden mit der kategorischen Aufforderung, diese Berichtigung, ohne Einschaltungen und Weglassungen in die nächste Nummer des „Vorwärts“ und zwar in demselben Teile und mit derselben Schrift aufzunehmen, wie die berichtigte Notiz. Wir kommen diesem Ersuchen hiermit nach:

Berichtigung: Die Behauptung des in Nr. 123 des „Vorwärts“ vom 3. Mai 1918 erschienenen Artikels „Die unzuständige Oberzensurstelle“, daß als Beschwerdeinstanz gegen willkürliche Zensurmaßnahmen zum Schutze der Presse die Oberzensurstelle eingerichtet worden sei, ist unzutreffend. Als Beschwerdeinstanz ist vielmehr auf Grund des Reichsgesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 durch kaiserliche Verordnung vom selben Tage (Reichsgesetzblatt S. 1331/1332) ein „Obermilitärbefehlshaber“ mit dem Sitz in Berlin eingerichtet worden. Zugleich ist bestimmt, daß die Beschwerde bei dem Militärbefehlshaber einzulegen ist, der die angeforderte Verfügung getroffen hat. Dies war im Falle der „Nahhauser Volkszeitung“, die im Operationsgebiet erscheint, das dortige Armeekorpskommando (A.O.K.), an welches die unzuständige Oberzensurstelle die bei ihr eingegangenen Beschwerden dem Gelehrten entsprechend abgeben hat.

Bürg.  
Major im Generalstab.

Höchsthoch beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kriegspresseamtes.

Ein Vergleich der berichtigten Notiz mit der ausdrücklich in Bezug genommenen kleinen Anfrage des Abg. Emmel hätte das Kriegspresseamt darüber belehren können, daß unsere Notiz nichts weiter war als eine in enger Anlehnung an den Wortlaut gehaltene inhaltliche Wiedergabe dieser kleinen Anfrage. Da die Anfrage des Gen. Emmel gestern im Reichstage vom Vertreter des Kriegsministeriums beantwortet worden ist, so würde sich durch den Reichstagsbericht die am gleichen Tage eingelaufene Berichtigung des Kriegspresseamtes eigentlich erübrigt haben. Unter den obwaltenden Umständen haben wir allerdings namentlich die Antwort des Regierungsvorgängers im Reichstage nicht wiedergegeben, wie wir es sonst sicher getan hätten, da wir aus Gründen der Papierersparnis nicht zweimal genau dasselbe ins Blatt setzen möchten.

**Tarifenbefreiung und Spekulantengewinne.** Eine von den Abg. Keil und Werfeld (Soz.) eingebrachte kleine Anfrage weist darauf hin, daß sich Privatunternehmer beim Deutschen Kriegsministerium die Lieferung von Ersatzartikeln an Stelle der allenthalben im Reich beschlagnahmten auf eine Weise gesichert haben, daß ungerechtfertigte Gewinne von vielen Millionen Mark dabei erzielt werden. Wie gebente der Reichskanzler zu verhindern, daß die Absichten dieser Spekulanten verwirklicht werden.

**3 Millionen Rentner Zuckerrüben zu Branntwein!** Eine vom Abg. Rumm (Dsch. Fr.) gestellte kleine Anfrage nimmt Bezug auf die amtliche Veröffentlichung, nach der feststeht, daß noch im Betriebsjahr 1916/17 drei Millionen Rentner Zuckerrüben zu Branntwein verarbeitet worden sind; nicht selten wurde dieses durch Kohlenmangel der Zuckerrüben veranlaßt. Der Abgeordnete fragt an, was zur Verhütung der Wiederehr einer solchen Vergeudung von Nahrungsmitteln seitens der amtlichen Stellen getan werde.

Die „Vossische Zeitung“ und Karl Marx. In Zusammenhang mit unserer Notiz „Rationalökonom sucht sich zu verändern“, bemerken wir berichtigend, daß die „Vossische Zeitung“ schon am Sonnabend früh eine Würdigung von Karl Marx veröffentlicht hat.

**Bogen bombardiert.** Lugano, 7. Mai. Diaz meldet in seinem Hauptquartiersbericht das Bombardement Luganos, des Wohnorts von Primolano, der Wasserwerke Cavatine bei Corti und des Flugplatzes Campo Maggiore bei Sebico. Angehörig wurde ausgedehnter Schaden angerichtet.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Lohnbewegung der Berliner Straßenbahner.

Nach der letzten Versammlung, die am 3. April abgehalten wurde, haben erneute Verhandlungen zwischen der Straßenbahndirektion und einer aus Angestellten und Vertretern des Transportarbeiterverbandes bestehenden Kommission stattgefunden. Die Verhandlungen sind in den letzten Tagen zum Abschluß gekommen. Das Verhandlungsergebnis wurde einer außerordentlich stark besuchten Straßenbahnerversammlung, die am Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, zur Beschlußfassung unterbreitet.

Der Referent Nathmann bemerkte, daß es erhebliche Schwierigkeiten gemacht und großer Energie der Kommission bedurft habe, um die Direktion schließlich zu Zugeständnissen zu bewegen, die zwar nicht alle Wünsche der Angestellten befriedigen, aber doch annehmbare Lohnaufbesserungen bringen. Die wichtigsten Punkte des Verhandlungsergebnisses sind folgende:

Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt für Schaffnerinnen 9 Stunden, für Fahrerinnen 8 Stunden. Für männliche Schaffner und Fahrer ist die Arbeitszeit eine Stunde länger. Schaffnerinnen erhalten einen Stundenlohn von 65 Pfennigen, Fahrerinnen einen Tagelohn von 6,50 Mark und eine Fahrzulage von 80 Pf. pro Tag. Der Tagelohn der Ausschiffschaffner und der Ausschifffahrer beträgt 6,50 M. Die angestellten Schaffner und Fahrer erhalten eine Lohnzulage von 30 M. monatlich. Die Fahrzulage der Fahrer beläuft sich in den beiden Lohnstufen auf 60 und 80 Pf. täglich. Ueberstunden werden in allen Fällen mit 1 M. vergütet. Bei den weiblichen Angestellten fällt die bisherige Kriegszulage fort, die Kinderzulage bleibt bestehen. Bei den Ausschiffschaffnern und Ausschifffahrern tritt an Stelle der Kriegszulage eine Ausgleichszulage, die bei den ersteren 16 M., bei den letzteren 8 M. monatlich beträgt. Bei den angestellten Schaffnern und Fahrern bleiben die Kriegs- und die Kinderzulagen bestehen. Da aus diesen Angaben nicht ohne weiteres zu ersehen ist, wie hoch sich die Lohnaufbesserungen bemessen und welche Veränderungen der bisherigen Löhne nach diesen Zugeständnissen eingetreten sind, so hat der Referent das monatliche Einkommen nach den alten und den neuen Lohnbedingungen berechnet und ist dabei zu folgenden Ergebnissen gekommen:

	alter	monatlicher	mehr
Schaffnerinnen . . .	158,— M.	198,80 M.	55,80 M.
Fahrerinnen . . .	176,80	200,80	24,00
Ausschiffschaffner . . .	165,—	200,—	35,00
Ausschifffahrer . . .	184,00	220,—	35,40
Angestellte Schaffner:			
untere Lohnklasse . . .	188,85	220,85	32,—
obere . . .	204,85	230,85	26,—
Angestellte Fahrer:			
untere Lohnklasse . . .	228,05	265,65	37,60
obere . . .	249,65	287,25	37,60

Die Gesamtsumme der monatlichen Lohnaufbesserungen beträgt für die Schaffnerinnen 1 797 000 M., für die Fahrerinnen 108 000 M., für die Ausschiffschaffner 43 000 M., für die Ausschifffahrer 55 000 M., für angestellte Schaffner 212 000 M., für die angestellten Fahrer 800 000 M. Die erheblichen Unterschiede dieser Summen erklären sich aus der verschiedenen Zahl der einzelnen Angestellten-Gruppen. Die Gesamtsumme der monatlichen Lohnaufbesserung für sämtliche Gruppen beläuft sich auf 3 546 000 M. Vergleicht man die Angebote, welche die Direktion gemacht hat mit dem, was schließlich als Verhandlungsergebnis herausgekommen ist, so ergibt sich, daß die Kommission im ganzen 847 000 M. mehr herausgeholt hat als die Direktion eigentlich bewilligen wollte. — Die neuen Lohnsätze gelten rückwirkend vom 1. Februar ab. Die Zulagen werden also von diesem Zeitpunkt an nachgezahlt unter Abrechnung der Abschlagszahlung von je 50 M., welche die Angestellten infolge der früheren Abmachung bereits erhalten haben.

Die Kommission empfahl die Vereinbarungen zur Annahme. Einige Rednerinnen sprachen sehr energisch dagegen, da ihnen die Zugeständnisse nicht weit genug gingen. Nachdem die Verbandsvertreter nochmals die Gründe dargelegt hatten, die für die Annahme der Vereinbarungen sprechen, nahm die Versammlung dieselben einstimmig an.

Damit ist die Lohnbewegung abgeschlossen.

## Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer im Gastwirts-gewerbe.

Zwischen dem Zentralverbande deutscher Wirtevereinigungen, dem Deutschen Gastwirtsverbande, dem Verbands der Hotelbesitzervereine Deutschlands, dem Verbands der Kaffeehausbesitzer Deutschlands und der Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände sind nunmehr Richtlinien vereinbart worden, welche die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer nicht nur als die Abtragung einer Dankeschuld, sondern als auch im wirtschaftlichen und gewerblichen Interesse liegend bezeichnen. Diese Richtlinien regeln das Verfahren, nach dem die Wiedereinstellung erfolgen soll. Die Arbeitgeberverbände übernehmen es, im Sinne der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer auf ihre Mitglieder einzuwirken. Weiter notwendig werdende Maßnahmen sollen von den beiderseitigen Organisationen gemeinschaftlich getroffen werden.

## Lohnbewegung der Militärlieferungsschneider.

Eine gutbesuchte Versammlung der in der Militärlieferungsschneiderei Beschäftigten hat am Montag beschloffen, vom Vorkriegsstand des Gardelors eine Erhöhung der Tariflöhne um 35 Prozent zu fordern. — Zur Begründung der Forderung wurde ausgeführt: Die bald nach dem Ausbruch des Krieges festgesetzten Löhne wurden erst im Herbst 1917, als die Teuerung schon sehr drückend geworden war, um 20 Prozent erhöht, so daß sie schon damals nicht mehr zeitgemäß waren. Dann hat der seit dem 1. Januar 1918 geltende neue Tarif abermals eine kleine Lohnaufbesserung sowie eine Aufbesserung der Entschädigung für Nähharn gebracht. Doch auch das muß angesichts der gegenwärtigen enormen Lebensmittelpreise als unzureichend betrachtet werden. Der neue Tarif ist mit dem Vorkriegsstand des Gardelors vereinbart und später auch vom Vorkriegsstand des dritten Armeekorps angenommen, so daß also für alle in Berlin angefertigten Militärlieferungen einheitliche Löhne bestehen. Wenn auch seit dem Abschluß des neuen Tarifs erst verhältnismäßig kurze Zeit verstrichen ist, so rechtfertigt es sich doch, jetzt wieder eine Erhöhung zu fordern, weil die früheren Lohnaufbesserungen zu gering waren und die gegenwärtigen Löhne den Teuerungsverhältnissen bei weitem nicht entsprechen. Die Forderung soll dem Vorkriegsstand des Gardelors eingereicht werden.

## Berechtigte Wünsche der Telegraphenarbeiter und Handwerker.

Man schreibt uns: Seit Jahren petitionieren die Organisationen der Telegraphenarbeiter und Handwerker um die Ausgestaltung der Arbeiterauschüsse und die Erweiterung ihrer Befugnisse. Sie wünschen, daß die Arbeiter-

ausschüsse innerhalb der Oberpostdirektionsbezirke zu einem Ausschuss innerhalb jedes Bezirks, dem sogenannten Oberpostdirektions-ausschuss, vereinigt werden. Diese 41 Ausschüsse sollen dann einen „Reichsarbeiterausschuss“ für den Gesamtbereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung wählen. Resolutionen und Anträge von Reichstagsmitgliedern zeitigen auch schon zustimmende Beschlüsse der Volksvertretung. Wie der Staatssekretär Kracke früher im Reichstage erklärte, schwebten Verhandlungen über diesen Gegenstand. Das geht nun etwa seit dem Jahre 1911 so.

Seit dem Kriegsausbruch war die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse mehr und mehr zum Stillstand gekommen. In Nr. 2 des Amtsblattes des Reichspostamts vom 2. Januar 1918 wurde auch eine neue Ausgabe der Bestimmungen für Arbeiterauschüsse veröffentlicht, die aber die berechtigten Wünsche der Telegraphen keineswegs erfüllt. Sie bringt in Wahrheit nicht die geringsten Neuerungen, sondern enthält wortwörtlich die gleichen Vorschriften, die schon im Jahre 1908 vom Staatssekretär Kracke erlassen worden waren und gegen die sich seit jeher die Beschwerden der Arbeiter und Handwerker gerichtet haben, eben weil sie die Ausschüsse zu einem Scheinwesen verurteilten und den Ausschussmitgliedern jede Möglichkeit nahmen, positive Arbeit im Interesse ihrer Kollegen zu leisten. Dies bestätigt der Verlauf der ersten auf Grund der „neuen Ausgaben“ abgehaltenen Ausschusssitzungen: So gut wie sämtliche Anträge, die ins Gewicht fallende Anträge sind glatt unter den Tisch gefallen. Die Anträge auf Verbesserung der Löhne und Teuerungszulagen wurden restlos abgelehnt. Von 8 bis 10 Anträgen wurden nur solche genehmigt, die den Oberpostdirektionen keinerlei Kosten anerkenneten. Zu Punkten von weittragender Bedeutung schenkte sich die Oberpostdirektion einfach die Stellungnahme, ja sie lehnten sogar die Weitergabe an das Reichspostamt ab, z. B. weil es sich um einen dem Reichspostamt bereits bekannten Wunsch der Arbeiter handelte.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Verhältnissen die Arbeiter und Handwerker zu der Ansicht gelangen müssen, daß die auf die Wahlen und die Arbeit der Ausschüsse verwendete Zeit und Mühe nutzlos verliert ist. Die Stimmung in den beteiligten Kreisen neigt sich deshalb mehr und mehr dahin, an der Wahl und dem Wirken der Ausschüsse überhaupt nicht mehr teilzunehmen, so lange nicht durchgreifende Änderungen in den geltenden Vorschriften herbeigeführt werden.

Wenn irgend etwas dazutun würde, wie völlig ungeeignet für eine wirkliche Interessenvertretung der Staatsarbeiter der Plan der Regierung im Arbeitsamtergesetzentwurf ist, die Arbeiterauschüsse als Arbeitskammern zu bezeichnen, so diese vorstehenden Darlegungen.

## Industrie und Handel.

### Die Heranziehung der Vorräte aus der Ukraine.

Der „Rheinischen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Die Vorräte für die Heranziehung des Getreides und der übrigen Lebensmittel und Rohstoffe, die wir aus der Ukraine zu erlangen hoffen dürfen, datieren bis in den September v. J. zurück und deren Leitung, Veranlassung und die in Betracht kommenden Reichsstellen sind an ihnen beteiligt. Gemeinsam mit Österreich-Ungarn hat das Reichswirtschaftsamt eine Organisation für die Veranlassung geschaffen. Die mit den Landesverhältnissen vertrauten Kommissare sorgen für Anbringung des Getreides und werden hierbei durch militärische Maßnahmen geschützt. Für den Transport, bei dessen Vorbereitung die militärischen und Marinestellen wesentlich beteiligt waren, kommen als Hauptwege der Seetransport über Rumänien bis zur Donau in Betracht, ferner die trockene Grenze durch Österreich-Ungarn und das deutsche Okkupationsgebiet. Schiffsraum und münchenerse Wege sind für die Schwarzmeerflotte vorbehalten. Bereits Ende März zeigte der deutsche Dampfer „Jaimos“ unsere Flagge in Odessa. Auch in den übrigen Schwarzmeerhäfen ist der Schiffsverkehr ermöglicht. Für den Weitertransport über Donau und Landwege treten uns die mit dem Transport der rumänischen Getreidefrachten gemachten Erfahrungen zur Verfügung. Die einheitliche Regelung des ukrainischen Eisenbahntransports liegt in den Händen des in Kiew ansässigen Direktors des Feldbahnverkehrs. Was die Kohlenfrage anbetrifft, so ist es gelungen, aus deutschen Vorräten den ukrainischen Bedarf für die nächsten Monate sicherzustellen. Die dem Transport auf dem Schwarzmeer von der Schwarzmeerflotte drohende Gefahr ist durch deren Einschließung in Sebastopol beseitigt.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die **Stadt Motorflug N. O.** in Berlin, die zur Ludwig-Loew-Gruppe gehört, weist für 1917 einen Bruttoertrag von 2 230 386 M. (i. B. 2 600 061 M.) aus. Nach Abschreibungen von 822 568 M. (782 141 M.) verbleibt einschließlich des Fortzugs der Kettein-gewinn von 1 398 052 M. (1 323 045 M.). Die Dividende wird wieder mit 20 Proz. auf 5 Mill. M. Aktienkapital beantragt. Der bereits bei Gründung des Unternehmens geplante Erwerb des Grundstücks Berlin, Köpenicker Str. 48/49, auf welchem die Gesellschaft die Fabrikation der Einzelteile in gemieteten Räumen betreiben hat, ist im Berichtsjahre zur Ausführung gekommen, da über verschiedene Punkte des Miet- und Elektrizitätslieferungsvertrages ernsthafte Schwierigkeiten mit den Vorbesitzern entstanden waren und die Lage des Bauunternehmens eine Errichtung von Neubauten auf dem Grundstück der Gesellschaft in Niederhöhenstraße auf absehbare Zeit nicht räumlich erscheinen ließ. Um den Eisenbahnanschluss in Niederhöhenstraße zu verbessern und zu erweitern, war das Unternehmen genötigt, ein weiteres Grundstück dafelbst zu erwerben. Gleise, Kamin, Werkzeuge, Maschinen, Modelle, Patentstreifen mit je 1 M. zu Buch. Die Nachfrage nach Motorpflügen ist unermindert stark.

Die **Maschinenfabrik für Mühlenbau vorm. C. G. W. Kasper N. O.** in Berlin hielt am Dienstag ihre Generalversammlung ab, in der sich die Verwaltung über die Angelegenheiten in Ordnung äußerte. Es handelt sich um eine ziemlich bedeutende Summe, aber die Verwaltung glaubt, dafür ausreichende Rückstellungen gemacht zu haben. Ueber das Geschäft im neuen Jahre teilte der Vorsitzende Direktor Kasper mit, daß es der Gesellschaft an Aufträgen nicht fehle. Ihre Auslieferung hänge aber davon ab, wie der Geschäftsgang des Rohmaterials von der Behörde zur Verfügung gestellt wird. Bei Wiederehr normaler Verhältnisse glaube die Verwaltung, auf einen sehr guten Absatz im Inlande und mit einer kapitalkräftigen Kundschaft rechnen zu können, da die deutsche Mühlenindustrie während des Krieges sehr gute Geschäfte gemacht hat. Auch der Absatz nach der Ukraine und Rußland, der vor dem Kriege sehr groß war, dürfte, wenn geordnete Verhältnisse dort wieder Platz greifen, wieder aufgenommen werden und sich auf 20 Millionen belaufen können. Die Versammlung setzte die Dividende auf 7 Prozent fest.

## Jugendveranstaltungen.

**Schöneberg. Arbeiterjugend.** Heute abend 8 Uhr: Monnentein-Berlin bei Ledermann, Sedanstr. 88. — Am Dinnelabertstage: Banberfabri nach Demar. Treffpunkt: Kaiser-Wilhelm-Platz 7 Uhr. Beitrag 1,50 M. Gäste willkommen.

**Arbeiter-Samariterbund.** Kolonne Groß-Berlin. Donnerstags, den 9. Mai, Familienausflug nach Sanssouci bei Breddehuf (Eberlin). Treffpunkt mittags 12 Uhr am Sadowi-Sadoma. — Die nächste außerordentliche Lehr- und Lehrgangsstunde findet Dienstag, den 14., abends 8½ Uhr, in Schulges. Pöhlens, Königsgraben Nr. 2, statt. Gäste haben einmaltigen freien Zutritt.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Walter Schulz, Potsdam; für Anzeigen: Theodor Giese, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsgesellschaft Carl Springer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Brief- und Unterschriftenliste.